

# Der Textil-Arbeiter

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 8-9  
Fernsprecher: E 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen und Verbandsgebühren sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand, Berlin O 34, Memeler Str. 8-9 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 M. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Vorgänge 2 M.

Nummer 8

Berlin, den 15. Januar 1932

44. Jahrgang

### Lausanne

#### Hoffnung oder Enttäuschung?

Geht man Mitte des Monats nach Lausanne, nach der Schweiz, oder einige Tage später? Wird man sich entschließen, in der Reparationsfrage eine endgültige Lösung zu finden oder wird man sich damit begnügen, es mit einer Teil- und Zwischenlösung zu versuchen? Wird Briand mit bei der Partie sein, der Mann, der 1923 den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet, den bösen Ruhrkrieg, hätte verhindern können, wenn er nicht vorher über die Machenschaften der Nationalisten seines Landes gestürzt wäre? Oder wird Aristide Briand krank sein? Und der weit mehr rechtsgerichtete Chef der gegenwärtigen französischen Regierung Laval die Verhandlungen in Lausanne führen?

Alles das sind Fragen, die, jede für sich, von weittragender Bedeutung sind. Im Folgenden genommen beschreiben sie folgende Formen:

Deutschland sagt, es könne keine Reparationen mehr zahlen. Es habe genug gezahlt. Die aus den Kriegszerstörungen hervorgehenden Anforderungen Frankreichs seien vollumfänglich erfüllt. Deutschland verlangt eine endgültige Lösung.

Frankreich dagegen beharrt bei dem Standpunkt, daß der Young-Plan in Kraft bleiben müsse. Deutschland müsse auch in der Krise mindestens die sogenannte ungeschützte Annuität zahlen, die etwa 660 Millionen Mark pro Jahr ausmacht. Man könne und müsse Deutschland ein Moratorium für seine Zahlungen bewilligen. Wenn es sein muß, für drei oder vier Jahre, bis die Wirtschaftskrise liquidiert sei und man hinsichtlich der deutschen Zahlungsfähigkeit deutlicher sehe. Man bestrebe nicht darauf, die ungeschützte Annuität einzutreiben. Man sei bereit, die gezahlten Millionen Deutschland als Kredit zu belassen. Sei es, daß die deutsche Reichseisenbahngesellschaft, die ja in der Krisenzeit mit einem bedenklichen Defizit arbeitet, diesen Kredit nimmt. Sei es, daß man mit diesen Geldern im Sinne des Young-Plans Reparationsrückstellungen durchführt.

Das sind etwa die Fragen, die vor Lausanne zur Debatte stehen. Was Lausanne bringen wird, ist völlig dunkel. Wir wissen nur, daß in der Reparationsfrage und in der Frage der internationalen Schulden eine Lösung gefunden werden muß, anderenfalls man die Weltwirtschaftskrise nicht liquidieren können. Die deutsche Regierung geht nach Lausanne, um in diesem Sinne zu arbeiten. Sie kann sich dabei berufen, daß das gesamte deutsche Volk hinter ihr steht.

Man kann den dicken Kopf aufsehen. Man kann sagen, wir wollen nur verhandeln, wie wir wollen. Aber wir lehnen stur jede Verständigung ab. Ob Hugenberg oder Hitler, wenn sie mal die Macht in die Hände bekommen, verantwortungslos genug sind, um das zu tun, ist eine andere Sache. Aber sie muten der Demokratie jetzt diese Dummheiten zu. Gut, wir sehen in Deutschland den dicken Schädel auf. Im Reparationskrieg sind wir ja bereits seit Monaten. Er wird, wie

### Konzentration in der Textilindustrie

#### Das Jutekapital schließt sich immer fester zusammen

Vor kurzem erwarb ein aus vier Jutespinnereien und -webereien bestehendes Konsortium die Aktienmehrheit der Deutschen Jutespinnerei und -weberei A.-G. in Meissen und der Braunschweigischen A.-G. für Jute- und Flachsendustrie in Braunschweig. Das Konsortium wird geführt von der Mag. Bahr A.-G. in Landsberg. Weiter gehören ihm an die Vereinigten Jutespinnereien und -webereien A.-G. in Hamburg, die Jutespinnerei und -weberei Bremen in Bremen und die Weidaer Jutespinnerei und -weberei in Weida. Die Vereinigte Jute Hamburg (9 Betriebe), Bremen mit dem Tochterunternehmen Engelbert Schönfeld in Herford, Landsberg und Weida mit Triebes verfügten bisher in 14 Betrieben über 100 074 Spindeln = 51 Proz. aller deutschen Jutespindeln und über 5150 Webstühle = 49 Proz. der Jutebestände. Durch den gemeinsamen Erwerb von Meissen und Braunschweig nebst Beschäftigung sind hierzu noch 9,8 Prozent der in Deutschland vorhandenen Jutespindeln und 7,1 Proz. der Webstühle hinzugekommen. Das Käuferkonsortium Hamburg-Bremen-Landsberg-Weida besitzt damit in 17 Betrieben insgesamt 119 260 = 60,8 Proz. aller Jutespindeln und 5937 = 54 Proz. aller Webstühle. Insgesamt sind in Deutschland zur Zeit 24 056 Jutebetriebs-einheiten (eine Betriebseinheit = ein Webstuhl oder 15 Spindeln) vorhanden. Davon sind 13 888 Betriebseinheiten = 57,7 Proz. der deutschen Jutebetriebs-einheiten finanziell vereinigt.

bereits gesagt, nicht mit den Mitteln von 1923 geführt. Aber das will für die Folge nichts besagen. Um einige hunderttausend Tonnen Kohlen, die schon nach zwei Jahren verwertungslos auf den rheinisch-westfälischen Kohlenhalden lagen, hat man 1923 den Ruhrkrieg riskiert, bis zum Weißbluten, bis er durch die Stresemannschen Ricumverträge beendet wurde. Man hat vor einiger Zeit mal Zahlen darüber vorgelegt, was der Ruhrkrieg, in dem unsere Nahrung und unser Vermögen zum Teufel gingen, gekostet hat. Man hat die Zahl von 5 Milliarden Goldmark genannt. Vielleicht wird's mehr gewesen sein. Auf jeden Fall war das mehr, als die Verständigung mit Frankreich vor dem Ruhrkrieg gekostet hätte. Kriegsführen ist immer das unrentabelste Geschäft. Auch wenn man nicht mit Kanonen, sondern nur mit Krediten und Devisen schießt.

Eine andere Ueberlegung: In jeder nationalsozialistischen Versammlung wird die ganze Wirtschaftskrise reflexlos auf die Reparationen zurückgeführt. Wenn die aufmerksame Kritik eines Versammlungsteilnehmers einen Einwurf wagt, dann erfolgt prompt die Antwort, ja, wenn die Reparationen nicht wären. Wenn die Tribute Deutschland nicht zu Boden drückten. Seit einem Duzend von Jahren weisen wir auf die Schwere und Unmöglichkeit der Reparationen hin. Aber unsere volkswirtschaftliche

### Liquide Unternehmen

Die Zeitschrift „Sach und Jute“ bemerkt zu den Aktienkäufen unter der Ueberschrift „Umgruppierung in der deutschen Juteindustrie“ u. a.: „Das in Frage kommende Paket umfaßt hinsichtlich der Braunschweigischen Jute etwas über 50 Proz. des 2,05 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals, während bei der Deutschen Jute ungefähr 50 Proz. des 2,48 Millionen Mark betragenden Kapitals beteiligt sind. Der Kaufpreis beider Pakete dürfte insgesamt über 1 Million Mark liegen; das ent-

### Aufsichtsräte

#### und Tantiemen

##### Ein Beispiel aus der Juteindustrie

Die Tantiemen der Aufsichtsräte der Jutespinnerei und -weberei Bremen sind auf der außerordentlichen Generalversammlung vom 19. Dezember 1931 zwar von 15 auf 10 Proz. herabgesetzt worden. Mindestens hat aber der Aufsichtsrat die nette Summe von 20 000 Mark pro Jahr steuerfrei zu erhalten. Die Gesellschaft wird bekanntlich von vier Herren beaufsichtigt. Jedes Aufsichtsratsmitglied bekommt also in Zukunft mindestens 5 000 M. netto pro Jahr ausgezahlt, sogar selbst dann, wenn die Gesellschaft mit Verlust arbeiten sollte oder ihren Betrieb stilllegen würde.

Man muß sagen, daß die vier Herren alles andere als bescheiden sind. Die Gesellschaft hat bekanntlich ein Aktienkapital von 3,7 Mil-

spricht also einer Kursbewertung von über 50 Proz. Dabei handelt es sich nicht um einen Kampfpriest; die Bilanz der Weißener Jute ist trotz des im ersten Halbjahr 1931 erlittenen Verlustes von rund 60 000 M. recht flüssig, die Bankguthaben betragen auch heute noch etwa 600 000 M., außerdem hat die Gesellschaft in der letzten Zeit mehrfach erhebliche Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Braunschweig; trotz des Verlustabschlusses für das am 30. Juni 1931 abgelaufene Geschäftsjahr (111 190 M. gegenüber einem Vorjahrgewinn von 104 991 M.) ist die finanzielle Verfassung des Unternehmens durchaus nicht ungünstig, der Status vielmehr nach wie vor sehr liquide.“

tionen Mark. Bei einer der größten deutschen Baumwollaktiengesellschaften, der F. S. Hammerstein A.-G. in Ostbrück mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Mark und über 3000 Beschäftigten, erhält jedes dem Geschäftsausfluß angehörende Aufsichtsratsmitglied jährlich 1500 M. feste Vergütung. Die Tantieme beträgt hier 6 Proz. Die größte deutsche Kammergarnspinnerei Stöhr u. Co. A.-G. in Leipzig, mit einem Aktienkapital von 22,12 Millionen Mark, gewährt neben 10 Proz. Tantieme jedem Aufsichtsratsmitglied je 3000 M. feste Vergütung. Die Aufsichtsräte der Jutespinnerei und -weberei Bremen erhalten somit nach wie vor eine bedeutend höhere feste Vergütung als die Aufsichtsratsmitglieder größter deutscher Baumwoll- und Wollunternehmen, deren Kapitalstärke mehr als sechsmal so groß ist. Das paßt sehr gut in dem Betriebe, in welchem die Arbeiterchaft größtenteils der RSD. nachläuft!

Schulung, unsere Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, das Bild von der Entwicklung der deutschen Wirtschaft verbietet es uns, untrüben Gemütern das Märchen vorzusetzen, die gegenwärtige Wirtschaftskrise beruhe allein auf den Reparationszahlungen. Wer das tut, handelt unverantwortlich.

Man könnte die Reparationszahlungen beseitigen, was ja seit Sommer 1931 praktisch der Fall ist, und man wird sehen, daß die Wirtschaftskrise in Deutschland wesentlich andere Ursachen hat und daß diejenigen Leute an deren Beseitigung kein Interesse haben, die das Wirtschaftselend bei uns immer auf Reparationen und Markisten abschieben. Man betrachte also die Auswirkungen einer erfolgreichen Reparationspolitik ohne Phantasie. Man erspart sich dadurch Enttäuschungen. Wie man sich Enttäuschungen ersparen wird, wenn man sich nicht einbildet, man brauche nur nach Lausanne zu gehen und alles sei in Butter.

Es haben sich Stimmen und sehr viele Stimmen in der Welt bemerkbar gemacht, die eine glatte und endgültige Lösung empfehlen. Aber leider sind diese Stimmen nicht die französische Regierung, nicht das französische Volk. Weil wir davon überzeugt sind, daß eine endgültige Lösung der Reparationsfrage und der Frage der internationalen Schulden wichtigste Voraussetzung für die

Lösung der wirtschaftlichen Krise ist, fordern auch wir sie. Werfen aber die Frage auf, ob sie bei den gegebenen Voraussetzungen möglich ist? Um an Enttäuschungen vorbeizukommen. Um schließlich den Aufbau der Wirtschaft nach dem Reparationskrieg nicht als Feind, sondern als Freund Frankreichs zu beginnen. Immerhin brauchen wir noch die französischen Kredite für unseren Wiederaufbau. Dafür ist aber Verständigung nötig.

Lausanne kann nach dieser Richtung hin Ueberraschungen bringen. Aber das ist nur ein möglicher Fall. Sehr wahrscheinlich werden die Dinge so gehen, daß die französische Regierung erst ihre Kammerwahlen abwarten will, schließlich auch die Preußenwahlen und die Wahl des deutschen Reichspräsidenten. Alles das sind äußerst wichtige Faktoren für das, was sich in Lausanne und hinterher ereignen wird. Eine andere französische Regierung, in der eventuell französische Sozialisten sitzen werden, wird stark genug sein zu einer Initiative, die man schlechterdings von der gegenwärtigen französischen Regierung in Lausanne nicht erwarten kann.

Wir können die Entwicklung nur fördern, indem wir die Tendenz in Deutschland verstärken, die darauf abzielt: Bei aller Wahrung deutscher Interessen Verständigung mit Frankreich, aber keinen Krieg.

Politische Wochenschau

Arbeiten des Reichstags

Nach einer Pause von etwa vier Monaten wird der Reichstag voraussichtlich am 23. Februar wieder zusammentreten. Seine umfangreichste Arbeit wird die Erledigung des Reichshaushalts für 1932 sein...

Gewerkschaften und Sozialdemokratie verlangen deren Vereinfachung, durch die wesentliche Einsparnisse erzielt werden könnten. Die Durchführung dieser Forderung scheiterte bisher vor allem an der ablehnenden Haltung der bürgerlichen Angestelltenverbände...

Der Kampf um die Reparationen

Die den Christlich-Sozialen und dem Reichsverkehrsminister Treviranus nahestehende „Tägliche Rundschau“ hat eine Mitteilung verbreitet, wonach der Reichstag in einer besonderen Sitzung sich einmütig gegen die Reparationen erklären würde...

Gefährdung der Reichseinheit

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Spaegner in München weist darauf hin, daß die Hitler-Bewegung die schwerste Gefahr für die Einheit des Deutschen Reiches bildet. In dem katholischen Bayern, wo man das Hakenkreuzlerium schon länger kennt als in Norddeutschland...

Neue Offensive

Nach Beendigung des von der Reichsregierung verordneten Weihnachtstriedens haben die Organisationen der Arbeiterchaft sofort den Kampf gegen den Faschismus wieder aufgenommen. In allen Teilen des Reichs finden Kund-

gebungen statt, die durchweg außerordentlich stark besucht sind. Daneben gehen die Bestrebungen weiter, die die Schaffung einer festen Eisernen Front aller zur Republik haltenden Parteien und Verbände zum Ziele haben. Im Vordergrund steht das Reichsbanner, das den aktiven Kampf gegen den Faschismus führt...

Eine verunglückte Aktion

Wegen der mit der neuen Notverordnung verbundenen Belastung hat sich der Arbeiterschaft starke Erregung bemächtigt. Während die Lohnsenkungen pünktlich durchgeführt werden, folgen ihnen die Preiserhöhungen nur zögernd und teilweise nach. Diese Stimmung hat die kommunistische Parteileitung zum Anlaß genommen...

Möglichkeiten der Steuererleichterung

Welche Wege können eingeschlagen werden? — Erstattung aus Billigkeitsgründen

Das Einkommen der Arbeiter und Angestellten wird in diesem Jahre wie kaum je zuvor gefürzt: Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat einen um 10 bis 15 Proz. niedrigeren Lohn diktiert und davon wird neben den Sozialbeiträgen Lohnsteuer, Krisensteuer und Bürgersteuer einbehalten. Insbesondere ist es die Bürgersteuer, die wegen der hohen Zuschläge der Gemeinden zu einer außerordentlichen, allerdings auf die ersten Wochen des Jahres beschränkten Lohnkürzung führt...

steuerpflichtigen vor der Berechnung der Lohnsteuer gewisse feste Beträge als steuerfrei abgesetzt. Dadurch sollen die Einkommensteile, die das Existenzminimum bilden und die für bestimmte Aufwendungen nötig sind, von der Besteuerung ausgenommen bleiben. Der sogenannte „steuerfreie Lohnbetrag“ berücksichtigt das Existenzminimum, während der Pauschbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen eine steuerliche Vergünstigung für zweierlei ist.

Werbungskosten sind die zur Erwerbung, Sicherung und Unterhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Diese Aufwendungen macht jeder Lohn- und Gehaltsempfänger. Er hat zum Beispiel Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung und Reparatur von Werkzeugen, sowie für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung und Ähnliches. Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs notwendig ergeben. Dazu sind demgemäß nicht zu rechnen zum Beispiel Ausgaben zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft des Steuerpflichtigen.

Zu den Sonderleistungen rechnen nach dem Einkommensteuergesetz folgende Ausgaben:

- 1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen,
2. Beiträge zu Sterbekassen,
3. Lebensversicherungsprämien,
4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung,
5. Kirchensteuer,
6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskammern usw.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sonderleistungen, die unter 1 bis 3 aufgezählt sind, auch die Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsangehörigen macht.

Für den steuerfreien Lohnbetrag werden im Jahre 720 Mk. steuerfrei gelassen. Von dem Wochenlohn bleiben also 14,40 Mk. und vom monatlichen Gehalt 60 Mk. steuerfrei. Für Werbungskosten und Sonderleistungen bleibt ein steuerfreier Pauschbetrag von 480 Mk. jährlich frei. Das bedeutet, daß vom Wochenlohn 9,60 Mk. und vom monatlichen Gehalt 40 Mk. der Besteuerung nicht unterworfen werden. Zählt man den steuerfreien Lohnbetrag und den Pauschbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen, so ergibt sich ein gesamt steuerfreier Betrag von 1200 Mk. im Jahre, 100 Mk. im Monat und 24 Mk. in der Woche.

Aus der Einrichtung wöchentlich steuerfreier Beträge ergibt sich schon, daß die Berücksichtigung des steuerfreien Einkommens nur erfolgen kann, wenn während des ganzen Jahres keine Unterbrechung der Lohn- und Gehaltszahlung eintritt. Verliert der Arbeiter und Angestellte aber seine Arbeit für eine gewisse Zeit, erhält er also nicht in jeder Woche des Jahres seinen Lohn oder in jedem Monat sein Gehalt, so ist es auch unmöglich, den steuerfreien Gesamtbetrag von 1200 Mk., der sich aus der Summierung der steuerfreien Wochen- oder Monatsbeträge ergibt, in voller Höhe anzurechnen.

Nachdem der generelle Erstattungsanspruch wegen Lohnausfall den Lohnsteuerpflichtigen genommen ist, bleibt dem einzelnen nur noch die Möglichkeit, eine Erstattung aus Billigkeitsgründen zu erlangen. Diese Möglichkeit bietet sich ihm durch § 131 der Reichsabgabenordnung, der den Finanzämtern die rechtliche Handhabung dafür bietet, in einzelnen Fällen, in denen die Einziehung von Steuern nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre, die Erstattung der Anrechnung bereits entrichteter Steuern zu verfügen. Die Lohnsteuerzahler also, die im vergangenen Jahre besondere, ungewöhnliche Ausgaben wegen Krankheit und Unglücksfällen in der Familie oder sonstige schwere außerordentliche wirtschaftliche Belastungen hatten, können auf Grund des § 131 bei ihrem Finanzamt eine Lohnsteuererstattung beantragen. Es handelt sich hierbei allerdings nur um ein Billigkeitsgesuch. Der Antragsteller hat mithin keinen Rechtsanspruch auf die Erstattung. Werden solche Anträge abgelehnt, so gibt es keine Möglichkeit, die Erstattung dennoch durchzusetzen. Trotzdem sollte von dieser Möglichkeit ein weitgehender Gebrauch gemacht werden.

Dringende Arbeit



„Jetzt werde ich einmal gründlich Inventur machen!“

den Arbeitern keine Reigung bestehe, zur Waffe des Streiks zu greifen, hat man doch diese Aktion durchzuführen versucht. Sie ist nämlich ins Wasser gefallen. Nur in einer winzigen Anzahl von Betrieben ist ein Teil der Arbeiter der kommunistischen Streikparole gefolgt.

Neuer Kurs in Indien

Die Bestrebungen, zwischen England und Indien zu einer Verständigung zu kommen, sind wieder einmal gescheitert. Der Führer der indischen Nationalisten Gandhi hat seine Partei einen Beschluß fassen lassen, wonach englische Waren boykottiert und die Anordnungen der Regierung nicht befolgt werden sollen. Daraufhin hat die Regierung Gandhi und den Kongresspräsidenten Patel verhaften lassen. Ueber das Land wurden die schärfsten militärischen Maßnahmen verhängt, die nationalistischen Organisationen sind aufgelöst worden.

Niedriger hängen

Die kommunistische „Rote Fahne“ beschwindelt ihre Leser.

Unter einem Aufsatz „Weihnachtliche Blätter aus der Gewerkschaftspresse“ nimmt die „Rote Fahne“ neben anderen Blättern auf den „Textil-Arbeiter“ Bezug, um an dem Weihnachtsspruch „Notweihnachten“ in Nr. 52 Kritik zu üben. Geben wir der „Roten Fahne“ das Wort:

„Unfriede verkehrt“

Wenige Kostproben aus den verschiedenen Gewerkschaftsorganen sollen dies beweisen. — Das Organ des Textilarbeiter-Bandes, „Der Textilarbeiter“ schreibt folgendes in seiner Weihnachtsbesprechung:

„Es ist eben so wichtig, sich dabei immer vor Augen zu halten, daß diese Not, in der sich Millionen von fleißigen Arbeitern befinden, Folgen des Krieges und dessen Auswirkungen sind. Das Wort: Friede erachtet, Anfriede verachtet, hat sich aus la furchtbarer Weise offenbart. Wenn wir in Zukunft die Notwendigkeit vor uns haben, einen gemeinsamen Schritt zu tun,“

direkten und indirekten Lohnsenkung wird die Zahl der Arbeiter immer kleiner, deren Wochenlohn ein einigermaßen auskömmliches Leben gestattet. Unter diesen Umständen müssen von allen Arbeitern alle erfolgversprechenden Wege zur Erleichterung der Lasten eingeschlagen werden. Solche Möglichkeiten bestehen vor allem bei der Lohnsteuer. Da sie noch viel zu wenig bekannt sind, soll im folgenden ausführlich darauf hingewiesen werden.

Eine Erläuterung der Möglichkeiten, die Lohnsteuer zu verringern, geht zweckmäßigerweise von einer Darstellung des Sinnes und der Höhe der steuerfreien Beträge aus. Da es bei der Lohnsteuer nicht möglich ist, wie etwa bei der veranlagten Einkommensteuer, die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen individuell zu berücksichtigen, werden bei den Lohn-

wollen, dann müssen wir Tempel des Friedens errichten und alle müssen mitwirken, den Geist des Friedens in die Herzen der Menschen zu pflanzen.“

An diese Ausführungen knüpfte die „Rote Fahne“ folgende kritische Sätze:

„Aho nicht das kapitalistische System, das die Gewerkschaftsborgern unterstülpen und mit dem sie aus enge vermachten sind, ist schuld an dem Elend der Textilarbeiter, sondern der Krieg allein. Friedlich sollen die Arbeiter sein, das ist die Hauptfahne für die Bürokraten. Nur keine Kämpfe, keinen Widerstand gegen die verbrecherische Ausbeutung, denn „Unfriede verkehrt!“

Unsere Leser, die den Aufsatz „Notweihnachten“ im „Textil-Arbeiter“ gelesen haben, können nun selbst feststellen, daß die „Rote Fahne“ mit ihrer Kritik bewußt schwindelt. Wir haben ja gerade in demselben festgestellt, daß der Kapitalismus die Ursache alles Übels und auch des Krieges ist. Aber die „Rote Fahne“ steht dauernd mit der Wahrheit auf gespanntem Fuß, und zwar dann, wenn sie gegen die Gewerkschaften kämpft. Mit ihr zu streiten hat keinen Zweck. Niedriger hängen ist das einzige, was man in diesem Fall tun kann!

# Ein anderer Weg!

### Weitere Möglichkeiten der Steuererleichterung

## Erhöhung der steuerfreien Beträge

Der Weg der Erstattung ist jedoch nur ein Weg und noch nicht einmal der aussichtsreichste. Er hat außerdem den Nachteil, erst nachträglich, nachdem die Steuer bereits gezahlt worden ist, eine gewisse Erleichterung eintreten zu lassen. Diesen Nachteil hat die Erhöhung der steuerfreien Beträge für das Existenzminimum und für Werbungskosten und Sonderleistungen nicht. Denn wird eine solche Erhöhung durchgeführt, so gilt sie für den ganzen künftigen Steuerabschnitt und vermindert für diese Zeit den abzuführenden Steuerbetrag. An welche Voraussetzung ist die Erhöhung der steuerfreien Beträge gebunden?

Die Erhöhung kann immer dann beantragt werden, wenn die tatsächlichen Aufwendungen, die der Steuerpflichtige für Werbungskosten und Sonderleistungen macht, höher sind als der dafür festgesetzte steuerfreie Pauschbetrag oder wenn der Steuerpflichtige mit gewissen außergewöhnlichen Belastungen rechnen muß, die im allgemeinen nicht eintreten.

In diesen letzteren Fällen kann eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums (steuerfreier Lohnbetrag im engeren Sinne), das 720 Mtl. jährlich beträgt, beantragt werden. Wenn bei dem Arbeitnehmer besonders wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die seine Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen, wenn z. B. eine außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung (einschließlich Berufsausbildung) der Kinder vorliegt oder wenn durch Krankheit, Körperverletzung, Unglücksfälle oder durch gesetzliche oder stiftliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger besondere Ausgaben entstehen, so kann der steuerfreie Lohnbetrag vom Finanzamt erhöht werden. Es ist dazu nötig, daß der Steuerpflichtige einen Antrag einreicht, in dem er die Einzelheiten seiner besonderen Belastung nachweist, und wenn möglich, durch Rechnungen, Quittungen oder sonstige Belege glaubhaft macht. Dem Antrag muß die Steuerkarte, die für diesen Zweck vom Arbeitgeber ausgehändigt wird, beigelegt werden.

Wird der Antrag vom Finanzamt abgelehnt, so hat der Steuerpflichtige die Möglichkeit, dagegen Einspruch zu erheben. Ob eine solche Befreiung des Rechtsmittelweges zweckmäßig ist, läßt sich nur nach dem einzelnen Falle beurteilen. Da die Zustimmung eines erhöhten steuerfreien Lohnbetrages in das Ermessen der Behörde gestellt ist, es sich also um eine Kammerbestimmung und nicht um eine Maßbestimmung handelt, wird die Befreiung des Rechtsmittelweges nur dann einen Erfolg versprechen, wenn die Entscheidung des Finanzamts offensichtlich unbillig war. Wird dem Antrag stattgegeben, so muß die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages vom Finanzamt auf der Steuerkarte vermerkt werden, bevor sie vom Arbeitgeber beim Steuerabzug berücksichtigt werden kann.

Eine Erhöhung des Pauschbetrages für Werbungskosten und Sonderleistungen ist zugelassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 Mtl. monatlich übersteigen. Wenn also z. B. ein Steuerpflichtiger für Werbungskosten monatlich 25 Mtl. ausgibt, für Sonderleistungen dagegen nur 15 Mtl., so erfolgt keine Erhöhung des Pauschbetrages, da die 40-Mtl.-Grenze von Werbungskosten und Sonderleistungen nicht überschritten wird. Erreichen dagegen die tatsächlichen Sonderleistungen den Pauschbetrag von 20 Mtl. monatlich und betragen die Werbungskosten 25 Mtl., so tritt eine Erhöhung des Pauschbetrages um 5 Mtl. monatlich ein.

Um die tatsächliche Höhe der Werbungskosten und Sonderleistungen festzustellen, ist es nötig, daß sich jeder Steuerpflichtige über seine verschiedenen Werbungskosten und Sonderleistungen eine ins Einzelne gehende Aufstellung macht. Bei der Aufstellung der Werbungskosten können sich erhebliche Ausgaben der Steuerpflichtigen für Mietzins zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, sowie große Aufwendungen für Werkzeuge und Berufskleidung ergeben. Die Ausgaben für die Fahrkosten können auch in den Unterhaltungskosten für ein Fahr- oder Motorrad bestehen. Wegen höherer Sonderleistungen, die im einzelnen weiter oben

gaben für die Fortbildung im Beruf sind aber nicht die Ausgaben gleichzusetzen, die für Erlernung eines neuen Berufes gemacht werden. Diese Ausgaben gelten nicht als Sonderleistungen. Ergibt sich aus der Zusammenstellung der Werbungskosten und Sonderleistungen, daß der steuerfreie Pauschbetrag von monatlich 40 Mtl. durch die tatsächlichen Aufwendungen überschritten wird, so kann ein Antrag auf Erhöhung des Pauschbetrages an das Finanzamt gestellt werden. Diesem Antrag muß die Steuerkarte für 1932 beigelegt werden, der Antrag muß außerdem eine eingehende Aufstellung der tatsächlichen Aufwendungen und Sonderleistungen enthalten. Quittungen und sonstige Belege für diese tatsächlichen Aufwendungen sind nach Möglichkeit beizufügen, so daß die Angaben unbedingte glaubwürdig sind und sich Rückfragen vermeiden. Wird dem Antrag entsprochen, so erhält die Steuerkarte einen Vermerk über die höheren steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen, die vor der Berechnung der Lohnsteuer vom Gesamteinkommen abzusetzen sind. Kann der Steuerpflichtige die Höhe seiner tatsächlichen Aufwendungen nachweisen, so muß das Finanzamt diesem Antrag stattgeben. Gegen eine Ablehnung des Finanzamts hat der Lohnsteuerpflichtige die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Die im vorstehenden aufgeführten Möglichkeiten können in viel größerem Umfang, als es bis jetzt gegeben ist, von den Arbeitern und Angestellten wahrgenommen werden. Das ist um so notwendiger, weil das Realeinkommen durch Lohnsenkungen und Besteuerung immer mehr herabgedrückt worden ist. Deswegen müssen alle Wege, die

den Arbeitern und Angestellten bemerkbar gemacht habe. Es heißt dann weiter:

„Die Wertparkassen gehören zu den sogenannten Einrichtungen der materiellen Betriebssozialpolitik. Sie sind eine der ältesten Einrichtungen dieser Art. Man kann zwei Arten sozialer Betriebspolitik unterscheiden: die rein ideale und die materielle. Die ideale Betriebspolitik umschließt die gesamten Maßnahmen und Handlungen, die im Betrieb tätigen Menschen anständig und menschenwürdig zu behandeln; die materielle umfaßt alle die aus der idealen Erkenntnis geschaffenen gegenständlichen Einrichtungen zum Zwecke der Verwirklichung mit dem Betrieb. Die ideale und materielle Betriebspolitik gehören nicht unbedingt zusammen. Sie ergänzen sich jedoch meistens, da die ideale Erkenntnis auch die materiellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der gegenseitigen Beziehungen schafft.“

Der ursprüngliche Zweck der Wertparkassen geht aus einer Schrift der IFA der Hütte hervor, die bereits im Jahre 1869 eine Arbeiter-Sparkasse ins Leben rief. Die Sparkasse sollte zwei Zwecken dienen: Die Arbeiter zur Wirtschaftlichkeit anzubahnen und sie von der wirtschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung fernhalten. Von diesem Zweck sind die in neuerer Zeit gegründeten Sparkassen wohl allgemein abgetrennt, wenigstens wird keine Unternehmung öffentlich die Einrichtung einer Wertparkasse gegenwärtig damit begründen.“

Im Verlaufe der Ausföhrung wird vorgeschlagen, durch gesetzgeberische Maßnahmen hier den Sparern gerecht zu werden. Unseres Erachtens ist die beste Maßnahme, die getroffen werden kann, die, daß Arbeiter und Angestellte es ablehnen, ihr Geld der Firma, bei der sie arbeiten, zur Verfügung zu stellen. Wir haben oft genug die Gründe bargelegt, die uns zu dieser Auffassung zwingen. Einer der wichtigsten ist wohl der, daß von Unternehmern, bei denen die Arbeiter ihre Spargroschen anlegen, bei Lohnverhandlungen auf diese Tatsache hingewiesen wurde, was soviel heißen sollte wie: Wenn die Leute noch soviel Geld haben, um Rücklagen zu machen, dann sind wohl Lohnherhöhungen nicht nötig! Außerdem ist eine Wertparkasse das Unsicherste, was es gibt.

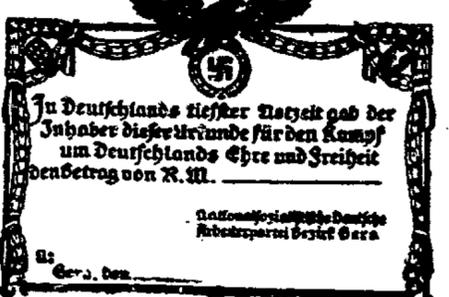
# Eine kuriose Rechnung

Die Geschichte klingt absonderlich, ist aber wirklich und wahrhaftig wahr. Also: In dem thüringischen Städtchen Weida befindet sich eine Jutespinnerei und -weberei. Und in diesem Betriebe existiert das stärkste Gelben-Nest der deutschen Juteindustrie. Das Gebaren dieser Gelben der Betriebsleitung gegenüber hat nun dahin geführt, daß die Belegschaft jetzt jeden Sonnabend umsonst arbeitet. — Warum tun das diese Leuten? Nun, sie wollen den Verbandsbeitrag sparen! Haben sie aber wirklich etwas gespart? Nein, das Gegenteil ist der Fall! Nämlich: Wäre die Belegschaft des Weidaer Jutebetriebes restlos organisiert, dann würde es der Betriebsleitung nicht einmal im Traume eingefallen sein, Sonnabend — Gratiarbeit zu verlangen, sondern sie hätte diese Arbeit hübsch bezahlt. Das wäre das Vier- bis Fünffache eines Verbandsbeitrages gewesen.

Nun rede du, Kollege!

## Braugelbe Schnorrer bei Geraer Unternehmern

Vor kurzem fanden die Nazis in Gera an die dortigen Unternehmer (die ja meist der Textilindustrie angehören) ein Rundschreiben, in dem um Geld gebittelt wurde, mit dem dann wahrscheinlich der Kapitalismus bekämpft werden soll. Der Inhalt dieses „vertraulichen“ Schreibens ist ein Dokument für sich selbst und die im Bild wiedergegebene „Schenkungsurkunde“ steht allem nach die Krone auf. Wir zweifeln nicht daran, daß die Unternehmer, die ihren Arbeitern die Löhne kürzen und sie zu einem Hungerlohn degrahieren, die Tausende aufs Wasser werfen, weil es der Wirtschaft „schlecht“ geht, wir zweifeln nicht daran, daß gerade diese Exemplare von Kapitalisten eine offene Hand für die nationalsozialistischen Bettelbriefe haben. Die Schenkungsurkunde



gibt ihnen so die Garantie, daß der Kampf der Nazis um „Deutschlands Ehre und Freiheit“ nicht um Ehre und Freiheit des arbeitenden Volkes geführt wird, sondern zu Schutz und Frommen der kapitalistischen Gesellschaft, die sich im „Dritten Reich“ um ihre Geldsäcke und Bankkapitalien nicht zu ängstigen braucht. Stolz und Mühen aber nennen sich die Nazis „Deutsche Arbeiterpartei“...

## ...die Guten ins Töpfchen! Neues vom Einzelhandel

Wie heißt es doch in dem reizenden Märchen vom Aschenbrödel: „Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen!“ Und so pikt das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Verban-

aufgeführt worden sind, wird sich eine Erhöhung des steuerfreien Pauschbetrages besonders aus den hohen Ausgaben für eine Lebensversicherung (für sich und die Haushaltsangehörigen) oder für die Fortbildung im Berufe begründen. Selbstverständlich begründen auch andere ungewöhnlich hohe Sonderleistungen den Anspruch auf Erhöhung des steuerfreien Pauschbetrages. Den Aus-

legandwas zu einer erfolgversprechenden Erleichterung führen, begründet werden. Der Kollege, der diese Hinweise gelesen hat, sollte sich nicht nur überlegen, ob er eine der genannten Möglichkeiten ergreifen kann; er sollte darüber hinaus auch dafür sorgen, daß alle Lohnsteuerpflichtigen, mit denen er zusammenkommt, von den verschiedenen Steuererleichterungen Kenntnis erhalten und sie ausnützen.

## Noch ein Drückeberger

Seit 1929 keine Marken gekauft

Der Firmeninhaber Alfred Förster in Firma Albin Förster in Thalheim hatte Mitte Dezember im Kontor auf seine Kontoristin geschossen. Der Schuß ging fehl. Er stellte sich dann selbst der Polizei und wurde dem Amtsgericht Zwönitz zugeführt. Das ist die Firma, bei der zur Zeit der Revisor der Landesversicherungsanstalt sitzt und feststellt, wie hoch der Betrag der rückständigen Invalidenversicherungsbeiträge ist. Es sind seit dem Jahre 1929 keine Marken gekauft worden.

## Nationalsozialistische „Arbeitervertreter“

- Dem Deutschen Reichstag gehören insgesamt 107 Nationalsozialisten an. Hierunter befinden sich:
- 33 Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute;
  - 31 höhere und mittlere Beamte;
  - 19 Rechtsanwälte, Ärzte und sonstige freie Berufe;
  - 9 pensionierte Offiziere;
  - 6 Angehörige und —
  - 7 Arbeiter!
- Sie kommen nicht in den Reichstag, um zu arbeiten, sondern verzehren draußen die gesetzlichen Diäten, um desto besser auf „das System“ schimpfen zu können!

## Die Werksparkassen

Ueberflüssige Einrichtungen

In der Handelszeitung des „Berliner Tageblattes“ finden wir einen geschäftlichen Artikel, welcher sich mit dem Gedanken der Wertparkassen auseinandersetzt. Man verweist auf die Vorgänge bei der Nordwolle und bei Borzsig und auf die starke Unruhe, die sich anlässlich dieser Vorgänge bei

Bekanntmachung betreffend Ablieferung der Einkommensteuermarken.

Jeder Arbeitnehmer, für den im Kalenderjahr 1931 Steuermarken verwendet worden sind, ist verpflichtet, spätestens bis zum 15. Februar 1932 seine Steuerkarte für 1931 und die Einlagebogen mit den im Kalenderjahre 1931 verwendeten Steuermarken an das Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk er am 10. Oktober 1931 seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatte.

Dabei hat er die Nummer der Steuerkarte für 1932 und die Gemeindebehörde, die diese Steuerkarte ausgestellt hat, anzugeben. Sofern die Steuerkarte 1931 vom Arbeitnehmer nicht eingekannt werden kann, weil sie etwa bei einem Arbeitgeber für die Lohnsteuerbescheinigung Verwendung findet, sind Name und Wohnung dieses Arbeitgebers bei der Einsendung der Einlagebogen vom Arbeitnehmer genau anzugeben.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen auf die Ablieferungspflicht hinzuweisen.

Die Einlagebogen müssen vom Arbeitgeber ordnungsmäßig ausgefüllt und aufgerechnet sein.

Berlin, im Januar 1932.

Die Finanzämter des Landesfinanzamtsbezirks Berlin.



Und noch immer zieht der Kapitalist die Ausbeutungsschraube weiter an. Weitere Verschlechterungen der Lebenslage der Arbeiter stehen bevor. Organisiert euch!

# WIE GEHT ES ENGLAND?

## Schatten über Lancashire

Von Fritz Kummer.

Der Verfasser setzt seine in Nr. 2 des „Textil-Arbeiter“ begonnene Schilderung über England fort.

### Das trostlose Oldham

Manchester bildet den Mittelpunkt des weltbekannten textilindustriellen Bezirks Lancashire. Weit um die Stadt herum liegen die Städtchen und Dörfer, wo die ganze Bevölkerung zeitweilig mit der Textilindustrie verknüpft ist. Dort wird überall gewebt und gesponnen. Allerdings selten beides an einem Orte zugleich. Es gibt da Orte, wo nur gesponnen oder nur gewebt wird. Offenbar wurde die Arbeitsleistung, die früher von räumlich entfernten Fabriken geübt wurde, auf die Orte übertragen. Es gibt typische Spinnerdörfer und Weberdörfer. Als ein besonderer Typus gilt Oldham.

An einem nebligen Dezembertag fuhr ich hinaus, um das Leben und Weben und die Umwelt englischer Textilarbeiter in Oldham zu betrachten. Außerdem wollte ich an Ort und Stelle herausfinden, ob es wahr sei, daß infolge der Entwertung des Pfundes, infolge der Inflation also, soundso viele Zehntausende von erwerbslosen Textilarbeitern Beschäftigung gefunden hätten. Dies war kurze Wochen vorher von der bürgerlichen Presse verkündet worden mit dem stark betonten Hinweis, daß durch Inflation die Wirtschaftskrise gemildert werden könne, wie das Beispiel von Lancashire deutlich dartue. Das gleiche war von der englischen Eisen- und Stahlindustrie gemeldet worden. Aber hier war es mir trotz eifriger Nachfrage nicht gelungen, auch nur den Schatten eines Beweises für diese Auswirkung der Inflation zu finden.

Wie stand es damit nun in der Textilindustrie?

Nach einer fast einstündigen Autofahrt auf einer holprigen, von zweistöckigen Backsteinhäusern umsäumten Straße hatte ich Oldham erreicht. Das war also der typische textilindustrielle Ort! Typisch ist er allerdings, und dies insofern, als ich ganz vergeblich nach einem Fabrikort gleicher Art in meiner weltreichen Erinnerung suchte. Weder in Deutschland noch in Oesterreich, auch nicht in Amerika oder Japan habe ich dergleichen gefunden. In anderen Ländern haben die Textilorte doch wenigstens ein paar anziehende Plätze oder Straßen mit schönen Häusern und lockenden Auslagen. Hier aber in Oldham nichts als trostlose Straßen oder häßliche Gassen, die, bergab oder bergauf laufend, von zweistöckigen kahlen Backsteinbuden gebildet werden. Und Gassen und Häuser scheinen von einem Rufregen überflossen worden zu sein. Die laute Klage der englischen Arbeiterpresse, daß die Mehrzahl der Arbeiterwohnungen äußerst dringend der Reparatur bedürfe, ist auch für Oldham sehr bezeugt.

### Zerstörung einer Illusion

Daß ein so wichtiger Industrieort eine Anzahl gewerkschaftlicher Haupt-, Bezirks- und Ortsbüros birgt, ist selbstverständlich. Die englische Gewerkschaftsbewegung ist bekanntlich in eine Unzahl von Organisationen (etwa 1.200) zerschachtet. Die Textilarbeiterschaft macht davon keine Ausnahme. In jedem der vier Gewerkschaftsbüros, die ich in Oldham aufsuchte, war der Empfang äußerst freundlich. Jeder Gewerkschaftsfunktionär war sichtlich erfreut, einen Genossen vom Kontinent bei sich zu haben, der Auskunft über den Stand der Wirtschaft jenseits des Kanals geben konnte. Ob es bei uns auch so trübe stehe wie in Lancashire? — Na, ich hätte doch gelesen, daß in Lancashire infolge des Sinkens des Pfundwertes die Beschäftigung günstiger geworden sei!

Davon wollte keiner der Gewerkschafter, von einer Ausnahme abgesehen, etwas gemerkt haben. Das Sinken der amtlichen Arbeitslosenzahlen sei darauf zurückzuführen, daß jetzt die Bedürfnisprüfung im Gange sei, die den amtlichen Stellen die Möglichkeit oder den Vorwand gebe, viele Arbeitslose, besonders Frauen, aus den Listen der Versicherung zu streichen.

Anderer Meinung war, wie gesagt, nur ein Gewerkschaftsfunktionär. In seiner Branche habe sich mit dem Beginn der Pfundentwertung der Beschäftigungsgrad gebessert, aber

es sei nicht sicher, ob dies durch die Inflation oder durch das Sinken des Silberpreises im Fernen Osten herbeigeführt worden sei. Die Besserung habe sich mehr in der Verminderung der Kurzarbeit als in der Abnahme der Vollarbeitslosen ausgedrückt. Deren Zahl aber nehme jetzt wieder zu.

An den vielen Menschen mit zermürbten Gesichtern und verschlissenen Kleidern, die in den Gassen Oldhams herumstehen, ist zu ersehen, wie schwer hier die Arbeitslosigkeit wütere. 40 Proz. der Textilarbeiter Lancashires sind seit Jahr und Tag ohne Beschäftigung. Daß unter solchen Umständen mit der körperlichen auch die seelische Widerstandskraft der Arbeiterbevölkerung schwindet, läßt sich leicht vorstellen. Dies suchen die Unternehmer auszunutzen.

### Der Vorstoß der Unternehmer

Die beiden Organisationen der Textilindustriellen (die eine umfaßt die Spinnerei, die andere die Weberei) haben, das Abkommen von 1919 gekündigt. Durch dieses Abkommen wurde die wöchentliche Arbeitszeit von 55 1/2 auf 48 Stunden verringert mit einem gleichzeitigen Lohnausgleich von 30 Proz. Der Zweck der Kündigung ist für die Spinnerfabrikanten die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnerhöhung, für die Webereifabrikanten vorderhand die Einführung des heiß umstrittenen Mehr-Stuhl-Systems, was gleichfalls auf eine geringere Bezahlung

# Leinenindustrie im Zeichen der „Weißen Wochen“

Bisher nur geringe Dispositionen

Während die Jahreswende für die deutsche Leinenindustrie sonst immer im Zeichen umfassender Vorbereitungen für die „Weißen Wochen“ stand, legen die Firmen des Einzelhandels diesmal eine bemerkenswerte Zurückhaltung an den Tag.

Man nimmt in Fabrikationskreisen allgemein an, daß das Hauptgeschäft für die Weißen Wochen erst nach Schluß der Inventur-Ausverkäufe einsetzen wird. Im allgemeinen beurteilt man die Aussichten nicht ungünstig, da die große Sonderveranstaltung diesmal im Zeichen eines aufgestauten Bedarfs von seltenem Ausmaße stattfindet. Außerdem betragen die Preisabschläge nicht weniger als 15—20 Proz. gegen das Vorjahr, ein Umstand, der die Kauflust weiterhin erheblich anregen dürfte. Im einzelnen läßt sich über die bisher erfolgten Dispositionen folgendes berichten:

An Herrenwäsche wurden relativ wenig Aufträge auf konfektionierte Waren erteilt, dafür ist aber die Nachfrage nach weißen Kragen um so stärker. Was das Hemdengeschäft betrifft, so scheint man sich diesmal ganz besonders viel von billigen, weißen Sachen mit Satinstreifen zu versprechen.

Auch auf Damenwäsche wurden bisher keine besonders großen Orders erteilt. Das Hauptinteresse erstreckt sich auf Nachthemden in den Verkaufspreislagen von 1,50 bis 3,50 Mk. und auf Taghemden zu 90 Pf., 1,45 und 1,95 Mk. Auch billige Pyjamas mit langen Ärmeln finden ein gewisses Interesse.

hinausläuft. Auf die Forderung der Spinnerfabrikanten haben sämtliche Gewerkschaften mit einem entschiedenen Nein geantwortet. Sie sind unbedingt entschlossen, sich der Verlängerung der Arbeitszeit auf etwa 55 Stunden zu widersetzen. Sie halten den Hinweis der Unternehmer, die Selbstkosten müßten verringert werden, um die verlorenen Absatzmärkte wieder zu erobern, für höchst töricht, zumal sie keinerlei Sicherheit zu geben vermögen, daß nach der Verlängerung der Arbeitszeit der Beschäftigungsgrad sich bessert.

### Verlorene Absatzmärkte

Die Fabrikanten scheinen, wie ihre Standesgenossen in anderen Ländern, darauf versessen zu sein, die Schwindsucht der Industrie durch Opfer der Arbeiter heilen zu wollen. Welche namenlose Unsinnigkeit das ist, offenbaren ein paar einfache Tatsachen: Englands Ausfuhr an Tuch nach Indien war im Jahre 1913 größer als die gesamte englische Produktion im Jahre 1931 sein wird. Wie will man den verlorenen indischen Markt wiedergewinnen? Durch Lohnabzüge? Da müßten die englischen Textilarbeiter so ziemlich umsonst schaffen. Der gesamte Export Englands an Tuch dürfte sich im Jahre 1931 auf 1,775 Millionen Yard belaufen, im Jahre 1913 betrug er 7 Millionen Yard. In diesem gewaltigen Rückgang des Auslandsabsatzes spiegelt sich die ungeheure Schwierigkeit der englischen Textilindustrie wider, bekräftigt freilich auch den Hinweis der Gewerkschaften, daß hier mit Lohnquetscherei nicht das geringste zu bessern ist, sondern daß wirklich ernste und weitgreifende Mittel und Wege unerlässlich sind.

Kein Teil darf auf Kosten des anderen bevorzugt werden, weil sonst der Erfolg in Frage gestellt wird. Bei der Erwerbsfindung, gleichgültig ob es sich um eine landwirtschaftliche oder um eine Gärtner-siedlung handelt, ist die Absatzmöglichkeit sorgfältig zu prüfen. Bei der Erwerbslosen- und Kurzarbeitersiedlung darf ein bestimmter Umfang der Siedlerstelle nicht überschritten werden, damit die Siedler auch bei späterer Vollarbeit im Verein mit ihrer Familie die Siedlerstellen weiter bewirtschaften können.

In der soeben erschienenen Nummer 24 der Sozialen Bauwirtschaft behandelt der Leitartikel des Geschäftsführers der Arbeitsgemeinschaft für neuzeitliche Siedlung, Luitpold Hoser, einige der erwähnten Fragen mit dem Ergebnis, daß durch die Innensiedlung neue Arbeitsgebiete erschlossen und frei gewordene Kräfte in Tätigkeit gesetzt würden. Ein zweiter Aufsatz von Heinrich Schüller über die Rentengutsiedlung zeigt an dem praktischen Beispiel der Rentengutsiedlung Fehrbellin den Gang und die Entwicklung dieser Siedlungsform. Die im Wortlaut abgedruckten Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung vom 10. November 1931 geben die Regierungsabsichten auf dem Gebiet des Siedlungswesens wieder, die nun allmählich zur Tat werden sollen. Daß die für den Wohnungsbau geradezu verhängnisvolle Vierte Notverordnung in vielen Punkten dringend einer Aenderung bedarf, wird in einer knappen Darstellung nachgewiesen.

# Geht nicht nach der Schweiz!

Solidarität schweizerischer Stoffdrucker

Auch in der Schweiz versuchen die Unternehmer, durch Lohnabbau bei den Arbeitern sich zu sanieren. So reduzierte der Verband der schweizerischen Seidenstoffdruckereien innerhalb 14 Monaten die Löhne der Handdrucker um nicht weniger als 43 Proz. Jetzt versuchten sie einen erneuten Lohnabbau von 30 Proz. mit der Begründung, daß sie infolge der erheblich kleineren Löhne seitens des Auslandes keine Aufträge mehr erhalten können. (Wir sehen, daß die Gründe, mit denen der Lohnabbau begleitet wird, in jedem Lande dieselben bleiben; auch die deutschen Unternehmer wissen nichts anderes zu sagen. Gerade dadurch wird aber am besten die Unsinnigkeit dieser ganzen Argumente dargetan.) Die schweizerischen Handdrucker waren indessen nicht willens, niedrigere Löhne hinzunehmen. Trotzdem von in normalen Zeiten rund 260 beschäftigten Handdruckern heute kaum 25 in Arbeit stehen, haben die noch Beschäftigten die Arbeit niedergelegt. Ihre arbeitslosen Kollegen werden ihnen, wie sie versichert haben, nicht in den Rücken fallen.

Wir erfüllen daher nur unsere Pflicht, wenn wir unsererseits deutsche Handdrucker ersuchen, nicht nach der Schweiz zu gehen, um den dortigen Kollegen ihre Haltung zu erschweren. Notwendig ist allerdings auch, daß eventuelle Streikarbeit aus der Schweiz zurückgewiesen wird!

### Berichtigung

Im Artikel „Das Sächsisch-Birkeregebiet. Beitragscheue Unternehmer“ hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Die Firma Max Pfau hat an die Ortskantontasse nicht 20.000 Mk. Beiträge zu leisten, sondern „nur“ 200,00 Mk.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Samstag, 17. Januar, ist der Beitrag für die 3. Woche 1933

Abrechnungsbildung  
Gen. Hannover. Hamburg: Alle Sendungen sind zu richten an Gustav Thier, Hamburg, Bienenbüchelhof 57 IV, 3. 49.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßel in Berlin. — Verlag: Karl Schöber in Berlin, Remler Str. 82. — Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Paul Singer in Berlin.

# Probleme der Bauwirtschaft

## Die wirtschafts- und baupolitische Bedeutung der Siedlung

Eine nach großen Gesichtspunkten planvoll durchgeführte Innensiedlung wird zweifellos die Umgestaltung der absterbenden kapitalistischen Profitwirtschaft in die Gemeinwirtschaft erleichtern und beschleunigen. In die Stelle des absterbenden Großgrundbesitzes treten genossenschaftlich vereinigte landwirtschaftliche und gärtnerische Siedler. Sind für die Bestellung des Landes größere und kostspieligere Geräte notwendig, so werden sie von der Genossenschaft für alle Siedler beschafft. Die gewonnenen Erträge werden durch Erzeugergenossenschaften den Verbrauchergenossenschaften zugeführt. Gemeindefeld wird dort geschaffen, wo es durch Banernlegen verschwunden ist. Das gemeinsame Weideland erleichtert die Viehhaltung.

Die Siedlung kann zum Aufstieg des ganzen Volkes beitragen, wenn alle sie betreffenden Fragen im Geiste der Gemeinwirtschaft behandelt und gelöst werden. Insbesondere wird die schwierige Finanzierungsfrage und ihre Wirkung auf die Wirtschaft behandelt werden müssen. Soll

auf lange Sicht gesiedelt werden, so sind alle Einrichtungen auf eine Daueranlage zuzuschneiden. Der Hausbau, die Geräte, die Bodenvorbereitung sind unter dem Gesichtspunkt einer allmählichen weiteren Ausgestaltung zu behandeln. Es ist dabei außerordentlich viel zu berücksichtigen.

## DAS RECHT DER FRAU

### Die Frauenarbeit in den einzelnen Ländern

Die Internationale Arbeitsorganisation und das Internationale Arbeitsamt widmen seit ihrem Bestehen der Frauenarbeit ihre besondere Aufmerksamkeit. Bereits auf der 1. Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1919 in Washington wurden zwei internationale Abkommen über die Frauenarbeit angenommen. In dem ersten über „Die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft“ ist in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben die Beschäftigung von Frauen 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft verboten. Dieses Abkommen wurde bisher von 11 Staaten ratifiziert, darunter von Deutschland. Das zweite Abkommen verbietet die Nachtarbeit der Frauen in gewerblichen Betrieben. Dieses Abkommen wurde bisher von 19 Staaten ratifiziert, darunter von Österreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz, aber nicht von Deutschland.

In dem in diesem Jahre in neuer Form herausgegebenen „Internationalen Jahrbuch für Sozialpolitik“ berichtet das Internationale Arbeitsamt sehr eingehend über die gesetzlichen Maßnahmen zur Regelung der Frauenarbeit in den einzelnen Ländern. Diefem Jahrbuch sind die folgenden Ausführungen entnommen.

Wenngleich sich der Beschäftigungsstand der Frauen nicht für alle Länder durch statistische Angaben von Jahr zu Jahr genau verfolgen läßt, kann trotzdem festgestellt werden, daß die während des Krieges einsetzende starke Frauenarbeit auch jetzt noch anhält. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um absolute, sondern um Verhältnisziffern; denn selbst in den Ländern, die am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, werden die Frauen weniger hart heimgeschickt als die männlichen Arbeiter. So zeigte z. B. in Großbritannien, trotz des neuerlichen Anwachsens der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie, in der die Frauenarbeit außerordentlich verbreitet ist, die Statistik der Arbeitslosenversicherung im Dezember 1930 einen geringeren Hundertsatz der arbeitslosen Frauen (18,8 Proz.) als der Männer (20,7 Proz.).

Andererseits ist aber festzustellen, daß in Ländern mit starker Arbeitslosigkeit die teilweise Arbeitslosigkeit in der Form von Kurzarbeit die Arbeiterinnen in höherem Grade trifft als die männlichen Arbeiter. Während sowohl in Deutschland wie in Großbritannien die Frauen weniger stark von der vollständigen Arbeitslosigkeit betroffen sind als die Männer, besteht für die Kurzarbeit das umgekehrte Verhältnis. In Deutschland belief sich die Teilarbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Dezember 1930 auf 26,6 Proz. der Frauen gegen 15 Proz. der Männer; zu gleicher Zeit wurden in Großbritannien unter den Versicherten 6,7 Proz. Frauen gegen 4,6 Proz. Männer als Teilarbeitslose gemeldet.

Andererseits breitet sich in einigen Ländern die Frauenarbeit noch weiter aus, wofür Rußland das auffallendste Beispiel ist; die Verwirklichung des Fünfjahresplans führt, genau wie es in den kriegsführenden Staaten vor einigen Jahren der Fall war, zu einem dringenden Aufgebot aller Reserven an weiblichen Arbeitskräften. So sieht der

Wirtschaftsplan für 1931 die Arbeitsvermittlung von 800 000 Frauen in der Industrie und im Baugewerbe vor. Auch in der Landwirtschaft soll die Frauenarbeit weitgehend Verwendung finden, um hierdurch männliche Arbeiter für die Industrie freizusetzen. In

dieser werden die Frauen vornehmlich in Textil- und Metallfabriken beschäftigt. Der Mangel an weiblichen Arbeitskräften geht in Rußland so weit, daß das bestehende Verbot der Nachtarbeit der Frauen aufgehoben wurde. Die Frauen wurden daraufhin zu den schwersten Arbeiten herangezogen, so daß der Arbeitsminister durch besondere Erlasse die Frauenarbeit beim Sieben oder Walzen von Metallen, bei Holzarbeiten, bei der Mehrzahl der Arbeiten im Verkehrsgewerbe auf Schienen oder Wasserwegen, bei Arbeiten unter Tage und bei einer Reihe giftiger chemischer Vorgänge verbieten mußte.

In fast allen anderen Ländern sind gegenteilige Bestrebungen bemerkbar. Infolge des riefigen Anwachsens der Arbeitslosigkeit wendet sich in vielen Ländern die öffentliche Meinung gegen die sogenannten „Doppelverdiener“. Dies hat in manchen Staaten im

letzten Jahr zu gesetzgeberischen Maßnahmen geführt, die nachstehend kurz wiedergegeben werden.

**Australien.** Der dem Parlament von Victoria von der Regierung unterbreitete Entwurf zum Fabrikgesetz verbietet sowohl die Gewährung wie die Erneuerung der Erlaubnischeine zur Heimarbeit für Frauen, deren Unterhalt durch ihre Ehegatten sichergestellt ist.

In dem benachbarten Neuseeland schließt das Gesetz über Arbeitslosigkeit von 1930, das auf Grund einer besonderen Personensteuer einen Unterstützungs fonds für Arbeitslose eingerichtet hat, die Arbeiterinnen von den Vorteilen dieser Einrichtung aus. Die arbeitslosen Arbeiterinnen haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützungen; auf der anderen Seite lastet aber auch die Beitragspflicht zu diesem Fonds nur auf den erwachsenen männlichen Mitgliedern der Bevölkerung.

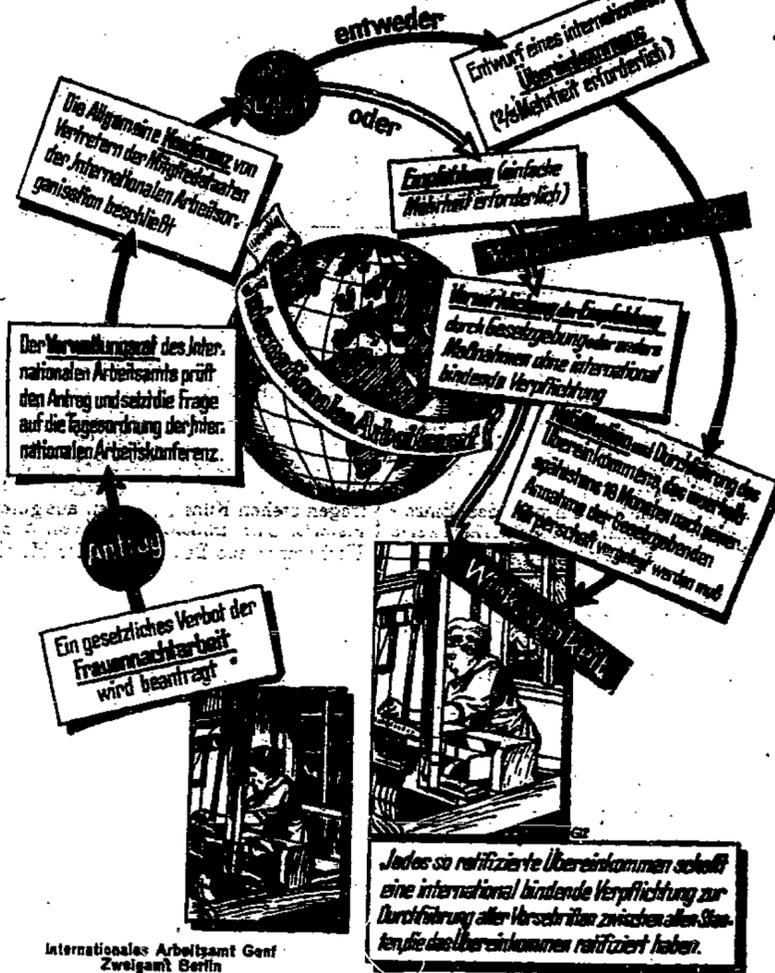
In Kanada dagegen hat in der Provinz Alberta die Auffassung von dem Recht auf Arbeit gefiegt. Im vergangenen Jahr wurde ein Gesetz angenommen, demzufolge niemand auf Grund seines Geschlechts oder seiner Verheirathung an der Ausübung eines öffentlichen Amtes oder irgendeiner Tätigkeit oder eines Berufes gehindert sowie von der Zulassung zu einer anerkannten Vereinigung ausgeschlossen werden kann.

In den Vereinigten Staaten sind zwar im letzten Jahr keine gesetzgeberischen Maßnahmen betr. Frauenarbeit zu erwähnen; hingegen war der Meinungskampf über das Recht auf Arbeit der verheirateten Frau in Zeiten der Arbeitslosigkeit außerordentlich heftig. Namentlich hat der Verband der Berufsvereinigungen der Frauen zu wiederholten Malen in seinem Verbandsorgan und in Versammlungen gegen die planmäßige Entlassung verheirateter Frauen Einwand erhoben. Er konnte sich hierbei auf das Gutachten des Frauenausschusses im Arbeitsministerium stützen, dessen Erhebungen erwiesen haben, daß die überwiegende Mehrzahl der verheirateten Frauen, die Lohnarbeit leisten, durch die Notwendigkeit dazu gezwungen sind.

In Großbritannien ist die schon häufig angeschnittene Frage des Rechts der verheirateten Frau auf Ausübung eines öffentlichen Amtes von neuem in den Vordergrund des Interesses getreten. 1930 wurde ein Ausschuss ernannt, um die Verwaltungen und beteiligten Kreise über die Folgen der bis dahin angewandten Vorschrift (Marriage Bar) zu befragen, der zufolge die Verheiratung einer beamteten Frau ihren Abschied mit sich bringt. Im Parlament steht dagegen ein Gesetzentwurf zur Beratung, dessen Bestimmungen den Gemeindevorstellungen das Recht entziehen, eine im Lehrfach angestellte Frau wegen ihrer Verheiratung zu entlassen.

Dr. Wilhelm Wolff, Berlin.

## Entstehung und Wirksamkeit eines internationalen Übereinkommens



## Edelinge des Dritten Reiches

Von Gustav Gibim  
Wie die Hitlerianer die Frau mißachten. — Der „Stuten“-Garten des Dritten Reiches. — Der neue Adel.

Vor mir liegt der Auszug aus dem neuesten „wissenschaftlichen“ Werk der deutschen Faschisten. Es betitelt sich:

„Neuadel aus Blut und Boden.“

Verfasser ist der rein „arische“ Monsieur Darré. Ich sage Monsieur, denn der Arzt auf dem 6 ist bestimmt nicht germanischen Ursprungs. Ich schrieb diesen Satz auch nur, weil sich die deutschen Faschisten etwas zugut tun auf ihre rein germanische Abstammung.

Monsieur Darré sieht eine große, wichtige Aufgabe des Faschismus in der Schaffung eines neuen Adels.

Wie er sich das denkt, dafür nur ein paar Beispiele! Der Verfasser sagt u. a.:

„Nach Hindel (Frauentumbe) sind von 100 deutschen Frauen nur noch 14 im Besitz ärztlich begutachteter Fortpflanzungs-Körperteile!! 86 sind unnatürlich gebaut oder krank!“

Jetzt begreift ich auch den Pastor Münchmeyer und seine so angefeindete Tätigkeit. Hat er vielleicht vom Braunen Haus in

München den Auftrag, die Frauen auf ihre Geeignetheit zur „Zucht“ zu untersuchen?

Hören wir Herrn Darré weiter:

„Mit Sicherheit kann angenommen werden, daß ein großer Teil dieser 86 Proz. nicht-deutsches, insbesondere das für uns völlig wertlose polnisch-slawische Blut in sich führt, weiterhin, daß ein Teil von ihnen zwar reines deutsches Blut haben mag, aber sonst irgendwie mit unerwünschten Erbanlagen belastet ist.“

Wer aber stellt die 14 Korrektgebauten von je 100 deutschen Frauen fest?

Herr Darré läßt im Dritten Reich

„Zuchtwarte“

aufmarschieren, und sämtliche deutsche Mädchen werden in vier Klassen eingeteilt, als da sein werden:

Klasse 1: Die besten 10 Proz. aus der Schar der zur vollen Ehe Tauglichen. Aus ihr kann der neue Edelmann frei wählen.

Klasse 2: Der Rest der Mädchen, deren Berechtigung keine grundsätzlichen Bedenken entgegenstehen. Hier bedarf der neue Edelmann vor einer Verbindung einer Untersuchung und Genehmigung durch das „Heroldsamt“.

Klasse 3: Mädchen, „gegen deren Berechtigung aus sittlichen und staatsrechtlichen Gründen keine Bedenken vorliegen“, deren „erwerblicher Zustand“ aber in jedem Falle eine Unterbindung von Nachkommenschaft verlangt. Diesen Mädchen wird man die Ehe gestatten, wenn die Kinderlosigkeit ihrer Ehe gewährleistet ist (Sterilisation).

Klasse 4: Alle Mädchen, deren Berechtigung grundsätzlich auszuschließen ist.

Klasse 3 und 4 kommen für einen Adligen überhaupt nicht in Betracht. Das

fann nett werden! Parteiparole wird dann sein: „Alle Münchmeyers an die Front!“

Und der „Bötsche Beobachter“ wird dann besonders eine Festwiese der ungehemmten Heiligkeit sein. Inserate werden da zu lesen sein:

„Mädchen, 1. Klasse, sucht Edeling!“

oder

„Mädchen, 3. Klasse,

sucht kinderlose Kameradschaftsbe.“

Während das Mädchen 4. Klasse, die Paria unter ihren Geschlechtsgenossinnen (und es gibt — nach Darré — deren die Masse, mindestens 86 Prozent!) nach der durch die Behörden des Dritten Reiches, durch die „Zuchtwarte“ vollzogenen Zeugungslosigkeit am besten in einem Hitler-Kloster ihrem Tod nach freudlosem Leben entgegenzähmert.

Selbstverständlich werden die Mädchen der vierten Klasse Abzeichen tragen, die ihre Klasse sichtbar macht.

Das Mädchen erster Klasse wird dies Abzeichen stolz am Busen zur Schau tragen. Das Mädchen zweiter Klasse schon weniger, während die Mädchen dritter oder gar vierter Klasse am liebsten in den Erdboden versinken werden.

Was aber sagt ein durch die Rassen-theorie noch nicht vollkommen politisch Irrer, der nicht jeden Kohl verdaut, der am Gemäuer des Braunen Hauses üppig ins Kraut schießt:

„Verrückt... komplett verrückt!“

Und was sagen die deutschen Pastoren, die doch gegen den § 218 sind, zu der amtlich zwangsmäßigen Sterilisation der 86 Prozent Frauen? Wo bleibt der Mitgliederzuwachs?

Und was sagen die deutschen Frauen zu dieser Infamie?

Werden sie weiter zu einem großen Prozentfuß wieder Hitler wählen?

Wenn ja...

Wäre diesen Frauen dann nicht wirklich und wahrhaftig die gleichmäßige Sterilisation des Monsieur Darré von Herzen zu wünschen?



Wohin Zuchtwarte des Dritten Reiches

## Arbeit in der schulfreien Zeit

Die schulfreie Zeit des Kindes soll vor allem den Schularbeiten dienen und der Erholung. Aber beim Arbeiterkinde spielt auch die Arbeit eine große Rolle in der schulfreien Zeit. Hierüber wurden an den Volksschulen in Mainz neuerdings Untersuchungen angestellt, deren Ergebnis wir in einer Arbeit in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege finden. Nach dieser Untersuchung steigt die Bedeutung der Arbeit mit dem Fallen des sozialen Niveaus. In den beiden ersten Gruppen der Kinder in sehr guter und guter sozialer Lage spielt die Mitarbeit des Kindes keine Rolle, aber dann steigt die Kurve stark an. Besonders bei den Mädchen nimmt die Arbeit einen großen Teil des schulfreien Nachmittags ein.

# Streifzüge durch die Sozialversicherung

## Die neue Invalidenversicherung

Die letzte Notverordnung hat bekanntlich auch mancherlei Verschlechterungen in der Invalidenversicherung gebracht. Es erscheint im Interesse unserer Leser angebracht und notwendig, auf diese Neuerungen einmal kurz einzugehen.

Kinderzuschuß und Waisenrenten werden grundsätzlich über das 15. Lebensjahr des Kindes nicht mehr gewährt. Bislang war bei Schut- oder Berufsausbildung oder bei Gebrechlichkeit des Kindes auch eine längere Gewährung möglich. Nach dem bisherigen Recht rechneten Stiefkinder und Enkel unter Umständen auch mit als Kinder und waren damit bezugsberechtigt. Dies ist weggefallen. Erhält eine Ehefrau Rente, so erhält sie nur dann die Kinderzuschüsse, wenn sie vorher den Unterhalt für die Kinder ganz oder überwiegend besorgt hat. Dasselbe gilt auch ferner für die Waisenrente nach dem Tode einer versicherten Ehefrau. Mehrere Empfänger von Invalidenrente wird der Kinderzuschuß nur einmal gewährt. Auch dies gilt ferner bei Waisenrenten. Hat der Versicherte gleichzeitig Anspruch auf mehrere Renten, sei es aus demselben oder aus verschiedenen Versicherungszweigen, so erhält er nur eine Rente. Zur Auszahlung gelangt dann die höchste Rente. Die Hinterbliebenenrenten dürfen zusammen nicht höher sein, als die Rente, die dem Versicherten bei seinem Tode zugestanden hätte. Ist dies doch der Fall, so wird die Rente gekürzt.

Die durch Gesetz vom 12. Juli 1929 eingeführte Vergünstigung, wonach die Hinterbliebenen solcher Versicherten Renten zugewilligt bekommen haben, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben waren, oder die an diesem Tage dauernd erwerbsunfähig waren, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt zu haben, ist weggefallen. Es werden solche Witwenrenten nicht mehr gewährt. Während bisher sämtliche Renten vom ersten Tage des Monats gewährt wurden, in dem der Versicherungsfall eingetreten ist, werden sie jetzt vom 1. Tage des nächsten Monats an gezahlt. Ist der Rentenanspruch nach Ablauf des Monats gestellt, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung der Rente erfüllt sind, so beginnt die Rente mit dem ersten Tage des Monats, der auf den Antragsmonat folgt. Dies gilt auch dann, wenn der Berechtigte den Antrag nicht früher stellen konnte. Zu erwähnen sei noch, daß bei jeder Auszahlung die Beiträge auf volle 10 Pfennige nach unten abgerundet werden.

Geändert sind ferner die Bestimmungen über die Wartezeit. (Beitragsmachen, die zum Erhalt von Leistungen nachgewiesen werden müssen.) Die

Wartezeit betrug bisher 200 bzw. 500 Beitragswochen. Jetzt ist sie auf 250 Wochen verlängert worden. Es gilt dies jedoch nur, wenn alle diese 250 Wochen auf Grund versicherungspflichtiger Beschäftigung zurückgelegt sind. Ist dies nicht der Fall, so müssen 500 Beitragswochen nachgewiesen werden. Ganz ungeheuerlich ist die Wartezeit für die sogenannte Altersinvalidenrente (Erreichung des 65. Lebensjahres) verlängert worden. Hier sind sogar 750 Wochen vorgeschrieben.

Neu sind auch Bestimmungen über das Ruhen von Renten. Invalidenrenten ruhen (werden also nicht gezahlt) neben Krankengeld von mindestens einmonatiger Dauer, oder Unfallrente, Renten infolge Kriegsbeschädigung, Wartegeld, Ruhegeld usw. Das Ruhen tritt bis zur Höhe dieser Bezüge ein. Dasselbe gilt, wenn der Versicherte in einer geschlossenen Anstalt untergebracht ist. Beim Ruhen neben Bezügen aus der Unfallversicherung bleibt ein Betrag von 25 Mk. im Monat unberücksichtigt. Wichtigste Bestimmungen über das Ruhen von Renten sind auch für die Hinterbliebenenbezüge geschaffen worden. Für diese Ruhevorschriften gelten noch folgende Sonderbestimmungen: „Beim Zusammentreffen mit den oben angeführten Bezügen wird, wenn der Versicherte freiwillige Beiträge entrichtet oder sich freiwillig höher versichert hat, vom Ruhen der Teil der Rente ausgenommen, der dem Verhältnis der freiwilligen zur gesamten Beitragsleistung entspricht.“

Diese neuen Vorschriften treten mit dem 1. Januar 1932 in Kraft. Für Versicherungsfälle, die vor dem 1. Januar 1932 eingetreten sind, gelten sie dann, wenn der Versicherungsträger seinen Bescheid nach dem 31. Dezember 1931 erteilt, es sei denn, daß der Rentenantrag vor dem 1. November 1931 gestellt war. Die Einschränkung der Kinderzuschüsse und der Waisenrenten bis auf das 15. Lebensjahr gilt auch ab 1. Januar und zwar auch für alle Renten, die vor diesem Termin eingetreten sind. Dasselbe gilt auch für den Wegfall der Witwenrenten, die auf Grund des Gesetzes vom Juli 1929 gewährt werden.

Zum Schluß sei noch eine Neuverteilung erwähnt. Der Versicherte kann seine Zustimmung dazu geben, daß der Kinderzuschuß einem Dritten ausgehändigt wird, wenn dieser den Unterhalt des Kindes überwiegend bestrittet. Verfügt der Versicherte seine Zustimmung, so kann sie durch eine solche des Versicherungsamtes ersetzt werden. Wichtig ist ferner noch, daß für rückständige Beiträge Verzugszinsen erhoben werden können.

geredet werden, welche auch nur den leistungsfähigsten Versuch machen, eine Diktatur über die Arbeiterschaft aufzurichten!

In einer Neujahrsbotschaft der sozialdemokratischen Parteivertretung Oesterreichs wird zunächst darauf verwiesen, daß die österreichische Schwerindustrie, die auf den Sieg der Faschisten in Deutschland hoffe, und die Aristokratie, die die Wiederkehr der Habsburger in Ungarn erwarte, in Oesterreich die Heimwehr ausrüste. „Wenn die Faschisten uns angreifen, — so heißt es wörtlich weiter — werden wir uns wehren und mit dem Faschismus werden wir seine kapitalistischen und aristokratischen Hintermänner schlagen.“

## Deutschland erwache! — Deutschland lache!

Unter diesem Motto legt der Dieh-Verlag eine 15-Pf-Broschüre

### Das Selbstporträt Hitlers!

vor, in der Zitate aus der Autobiographie Hitlers „Mein Kampf“ aufgereiht werden. Wenn man diese Bierbrot-Schwadronaden des Braunauer Heros liest, weiß man nicht, was da stärker wirkt: die unfreiwillige Komik der geschwollenen Tiraden oder die Bösartigkeit einer verantwortungslosen Demagogie, die sich in irr-sinnigen Kriegspartisanen ergießt. Man faßt sich an den Kopf und fragt sich, wie ist es möglich, daß dem Fabrikanten derart grotesken Zeugs Millionen Menschen auf den Leim kriechen können? Im Kampf gegen den Nationalsozialismus dürfte das „Selbstporträt Adolf Hitlers“ gute Dienste leisten, man sollte das Heft als Flugchrift breitesten Kreisen zur Kenntnis bringen.

## Nur einzelne Fehlspekulationen...? Wirtschaftsrevue 1931

Wir berichten an anderer Stelle von He. Dr. Mag Schlenker, Düsseldorf, der in der Nr. 1 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ mit noch einigen erlauchten Genossen das neue Jahr begrüßte. Er wußte nur von „einzelnen Fehlspekulationen und Auswüchsen“, die er in einem halben Satz erlaubte, zu erzählen. Hier sind sie:

Lassen wir alle Vorkläufer weg und nennen nur die wichtigsten seit Mai 1931.

Mitte Mai brach die Oesterreichische Kreditanstalt unter Führung des Herrn Rothchild zusammen. Der Staat sozialisierte die Schulden.

Die Septemberwahl (Nazi-Strömung bei der Wählererschaft) hatte schon im Frühjahr 1931 zu bedeutenden Geldabflüssen geführt, die sich so verschärften, daß die Reichsbank Ende Mai die Reichsmark flühen mußte.

Zur selben Zeit brach der Nordstern-Versicherungs-Konzern zusammen. Die Verluste bezifferten sich auf 28 Millionen Mark.

Wenige Tage darauf kamen die ersten Gerüchte von der Danabank.

Am 10. Mai wurde der Nordwolle-Scandal bekannt, bei dem sich etwa einen Monat später ein Gesamtverlust von 200 Millionen Mark herausstellte.

Mitte Juni befragen die Devisen- und Goldverluste der Reichsbank bereits über eine Milliarde Mark.

Einen Monat später bricht die Danabank zusammen. Das Reich sozialisiert mit 300 Millionen Mark die Schulden.

Am 20. Juli schließt die Schroder-Bank ihre Schalter mit den schwersten Verlusten aller Gläubiger.

Zur selben Zeit ist es notwendig, die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt durch eine Fusion mit der Sächsischen Staatsbank zu retten. Der sächsische Staat muß fast sein halbes Vermögen als Sicherheit geben.

Wieder einige Wochen später bricht die Immobilien-Bank in Leipzig zusammen. Das gesamte Aktienkapital ist verloren. Die gefährlichsten Gegner der Gemeinwirtschaft ver-langen Sozialisierung der Schulden.

Die „Seltzinger Neuesten Nachrichten“ leiten einen Konkursbericht mit folgenden Worten ein: „Die böse Mikrowirtschaft, die bei der in Konkurs befindlichen Maschinenfabrik Kappel & Co. in Chemnitz getrieben wurde...“ Verlust 3,6 Millionen, das ist mehr als das Aktienkapital.

Ein anderer Zeitungsbericht: „Die postzellige Untersuchung bei der vor einigen Tagen mit 4,2 Millionen Mark Defizit zusammengebrachten Berliner Bankfirma Mag Markus u. Co. ergab eine unglaubliche Mikrowirtschaft in der Verwaltung dieser Bank.“

Die Hausbesitzer-Bank in Berlin bricht zusammen. Der leitende Direktor Seiffert ist verschwunden. Er soll nach Zeitungsnachrichten noch kurz vorher 150 000 Mk. von einer anderen Bank abgehoben haben. Die Passiven betragen 60 bis 75 Millionen Mark.

Die unglaublichen Schweinereien im Schultheiß-Vahenhofer-Konzern harren noch der endgültigen Aufklärung. Einer der Hauptschuldigen wurde für 100 000 Mk. Kaution auf freien Fuß gesetzt. Kapitalisten haben es gut. Ein Hungeriger, der ein Brötchen stiehlt, hat diese Aussichten nicht.

Borjig zahlungsunfähig. Der Pleitegeier geht um, er schnappt sich die fettesten Bissen, bald hier, bald dort. Ueberall grinst sein Raubvogel-gesicht und selbst den größten „Herren“ der Wirtschaft wird angst und banke. Jetzt hat er eine der Spitzen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gepackt. Borjig hat die Zahlungen eingestellt. Nun weiß man auch, warum Herr Ernst v. Borjig seinen Führerposten in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände niederlegen mußte. In diesen Führerkreisen gelten Hirne nichts, es gilt nur die mystische und doch so reale Macht des Geld-fakts. Hirne kann man bezahlen, Kapitalien sind unbezahlbar...

Schwierigkeiten bei Hanomag. Die Krisenverschärfung in der Weltwirtschaft hat auch die Hanomag (Hannoversche Maschinenbau A.G. normals Georg Egestorff) so schwer in Mitleidenschaft gezogen, daß ihr Aufsichtsrat jetzt beschlossen hat, das gerichtliche Ver-gleichsverfahren zu beantragen.

# „EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT“

## Was sie sich 1932 wünschen

In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, mit der wir uns auch schon in der vorigen Nummer befaßten, marschiert eine Anzahl Unternehmer auf, die sich mit dem ab-gelaufenen Jahr beschäftigen und ihre Wünsche für 1932 äußern. Wenn man hört, daß in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ Unternehmer das Wort er-greifen, dann kann man sich eigentlich schon lebhaft denken, was dort vorgebracht wird. Des Späßes halber geben wir einige dieser Äußerungen wieder.

### Dr. Mag Schlenker, Düsseldorf: Gebt dem neuen Schaffen Raum!

„Das Jahr 1931 stand im Zeichen eines jähe-ren Abwehrkampfes, der durch die anti-lische Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre mehr und mehr in tiefen gelegenen privaten Wirtschaftssituation gegen das wirtschaftliche System Einzelne Freiheitsforderungen und Wünsche der primären-schichtlichen Bevölkerung, die gerade im Unter-nehmen auf einseitige Ablehnung gestoßen sind, wurden zum Ausdruck einer wahren Krise gegen das primärkapitalistische System genom-men. Wenn endlich dem Regime der Unter-nehmer ers freier Lauf gelassen wird... dann ist die Grundlage für eine erfolg-reichen Wirtschaft geschaffen.“

### Generaldirektor Dr. Erich Käbberl, Berlin: Freier Wind

„Der Staat verlangt nach nationaler Wirtschaft, um im Sinne der nationalen Idee planvolle Wirtschaft... So ergeben sich aus Grundgedanken nationaler Wirtschaftsentwickelung...“

2. Die Wirtschaft soll planvoll so angelegt sein, daß sie möglichst vielen Menschen zu verantwortungsvoller Arbeit verhilft.“

### Fritz Thyssen: Deutschland marschiert

„Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird das kommende Jahr einen Wendepunkt in dauernden Niedergang Deutschlands bringen. Die Er-trennung wächst auch in den Kreisen der Wirt-schaft, daß eine gesunde Wirtschaft in einem kranken Staate nicht gedeihen kann. Adolf Hit-ler hat hundertmal recht, wenn er in seinem großen Werk „Mein Kampf“ schreibt: „Die Frei-heit nach außen gab das tägliche Brot im In-neren.“ Der Kampf um die Freiheit bedingt aber einen nationalen Staat. Das Gefühl hier-für in vielen Millionen Deutschen wieder er-wacht zu haben, ist das unsterbliche Verdienst Hitlers. Darum hoffe und wünsche ich, daß sein unermüdlicher Kampf um Deutschland von Er-folg gekrönt sein möge.“

Der Ruhrmagnat Thyssen, vielfacher Millionär und Bohndrucker ersten Ranges, hat hier am offensten sein Herz erüffelt. So wie er denkt der größte Teil der Unternehmer, und seine Äußerungen sind typisch für die Einstellung unserer Kapitalisten. Sie schreiben nach Hit-ler, mit dessen Hilfe sie die Arbeiterschaft einmal niederknuppeln wollen. Welchem Kapitalisten, sofern er zum Proletariat gehört und sich durch die Phrasen des Agenten Hit-ler und seiner Untertanen umnebeln ließ, gehen da nicht die Augen über?

Die Rechnung unserer Unter-nehmer wird falsch sein! Die Ar-beiterschaft hat im Jahre 1931 vieles hin-genommen, nur um die Wirtschaft durch Er-schütterungen nicht in Gefahr zu bringen. Im Jahre 1932 wird der Schlußstrich ge-zogen und es wird Fraktur mit allen denen

## BERICHTE AUS FACHKREISEN

### Ronneburg

Gesunde Grund-lage der Orts-gruppe In unserer Generals-Gründung gab der Vorsitzende eine treffende Schilderung des Verbandslebens seit der Stabilisierung. Die Orts-verwaltung hat immer im Interesse der lokale gearbeitet, das beweisen die verhältnismäßig be-ständig gebliebenen Mitgliedszahlen und die gesunde finanzielle Grundlage. Leider trifft die Arbeitslosigkeit auch in unseren Reihen 170 Rol-legen und Kolleginnen, ohne die zahlreichem Kurz-arbeiter. Die Lohnbewegungen der letzten Zeit mühten unter den ungünstigen Bedingungen zu schlechten Ergebnissen führen. Hier kommt zu dem Druck der großen Arbeitslosigkeit die augenblickliche politische Lage verschärfend hinzu. Eine Aussprache über die mit größtem Interesse aufgenommenen Ausführungen fand nicht statt, deshalb wurden sofort die Resolutions vor-genommen. Die gesamte Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Anschließend wurden die Kollegen W. Dieh, F. Schred, A. Seidenmann, O. Siebold und R. Prager für ihre 25jährige Mitgliedschaft und Längkeit im Verband durch die überne Kadel und eine Urkunde geehrt.

### Aus dem Verbandsleben

#### Johannes Lehmann, Mittweida, 70 Jahre alt

Am 8. Januar kam der Kollege Johannes Se-hmann, unser früherer Geschäftsführer in Mit-tweida, seinen 70. Geburtstag feiern. Lehmann hat von frühester Jugend auf das bittere Los der Armut ertragen müssen. Seine Mutter, die für ihn sorgte, verdiente sich ihr Brot als Tage-löhnerin. Der Vater war früh gestorben. Mit 10 Jahren geht er bereits der Erwerbsarbeit nach. Raum der Schule entwarf, wurde er mit der

sozialistischen Lehre bekannt. Er wurde ein eifriger Verfechter der sozialistischen Idee. Kein Wunder, daß er schon unter dem Sozialistengesetz eine wichtige Vertrauensperson in Sachen war. Trotz seiner 70 Jahre ist er noch außergewöhnlich geistig rege. Noch heute ist er in Mittweida im Stadt-parlament, und zwar als Vorsteher deselben, tätig. Oftmals noch bestiegt er sein Dichterroß, um in schön geschliffenen Zeilen den Kampfsmut der Arbeiter anzufeuern. Der „Textil-Arbeiter“ hat manchen schönen Beitrag von ihm veröffentlicht können.

Wir wünschen unserem lieben Freund, Kollegen und Mitarbeiter zu seinem 70. Geburtstag nach-träglich alles gute und einen langen sonnigen Lebensabend.

## Neue Literatur

„Die Sozialistische Jugend“, Zeitschrift für Er-ziehung zum politischen Denken und Handeln, er-scheint am 15. jeden Monats in der E. Saub-schen Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Abonnementspreis monatlich 0,40 RM. Zu be-ziehen durch die Post, die Volksbuchhandlungen und direkt vom Verlag.

Die vorliegende Nummer 4 der „Märzischen Tribune“ zeichnet sich wieder durch reichhaltigen Inhalt aus. Eine Reihe von Beiträgen ist der 4. Rotkammerordnung und der durch sie geschaffenen Situation gewidmet.

Die „Märzische Tribune“, Halb-monatsschrift für Politik und Wirtschaft, erscheint am 1. und 15. jeden Monats in der E. Saub-schen Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W 30, Abonne-mentspreis monatlich 0,85 Mk. — Zu beziehen durch die Post, die Volksbuchhandlungen und direkt vom Verlag.



# Kämpft mit uns!

Ein Stück Geschichte aus dem Westen des Reiches

In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war es, als in dem einst so ruhigen und friedlichen Münsterlande die Industrie ihren Einzug hielt. Bis dahin so namenlose Dörfer, wuchsen sie allmählich zu Industriestädten heran und erlangten damit eine gewisse Bedeutung für die Textilindustrie. Facharbeiter aus allen Gegenden Deutschlands, insbesondere aus dem nahegelegenen Holland fanden hier für länglichen Lohn und schlechte Arbeitsbedingungen ein Unterkommen. Schnell aber entwickelten sich die einzelnen Unternehmungen. Textilarbeiter aus Schlefien, aus Sachsen, aus Bayern und auch aus den übrigen Gauen Deutschlands, die infolge ihrer politischen und gewerkschaftlichen Einstellung ihre Heimat verlassen mußten, schafften die ersten Ansätze der freien Gewerkschaftsbewegung in Rheine, Bocholt und Gronau. Schwer hieß es, die einheimischen Textilarbeiter, insbesondere die Textilarbeiterin, für unsere Ideen zu gewinnen. Gern lauschten wir jungen Kollegen unseren alten Kämpfern, wenn sie uns in geselligen Stunden von ihren Kämpfen aus der Vorkriegszeit berichteten. Es ist kaum glaublich, wenn sie uns erzählen, daß fanatische Arbeiterfrauen die Haustreppe wieder abgesetzt haben, wenn der „rote Agitator“ das Haus verlassen hatte. Meistens war es auch so, daß der betreffende Kollege, der gerade für den Verband oder bei Wahlen Flugblätter für die Partei verteilte, mit großem Geschrei aus den Arbeiterwohnungen vertrieben wurde, da viele Arbeiter, namentlich aber die Frauen, über die Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft völlig im unklaren waren. Für manchen war es daher eine große Ueberrumpfung, den Schritt zur Partei und Gewerkschaft zu vollziehen. Auch heute gibt es noch eine ganze Reihe christlich organisierter Textilarbeiter, die gemäß ihrer politischen und wirtschaftlichen Ueberzeugung Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes sein müßten, die aber aus jarter Rücksichtnahme wegen der Großmutter, wegen der Schwiegermutter, wegen der eigenen Frau oder gar wegen der Braut den Weg zu unserer Organisation nicht finden können. Am besten kann man es feststellen bei den Betriebsratswahlen. Hier erhalten die Kandidaten unseres Verbandes manchmal die doppelte Anzahl von Stimmen als freie Gewerkschaftler im Betriebe vorhanden sind. Die Verlegung der Kampffront der bürgerlichen Gesellschaft einschließlich der kommunistischen Arbeiter gegen die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei sollte doch von allen jungen Textilarbeitern und -arbeiterinnen erkannt werden. Weil wir den Privatkapitalismus bekämpfen, steht das Unternehmertum in uns seinen größten Feind, weil wir die Demokratie in Staat und Wirtschaft verfechten, hassen uns die Nazis und die Kozis, beschimpft uns das Bürgertum und will somit den Zusammenbruch der Partei und Gewerkschaft herbeiführen. Unseren Funktionären, und insbesondere unseren jugendlichen Kämpfern, erwacht in der Bekämpfung der privatkapitalistischen Gesellschaft eine immer größere Aufgabe. Der Jugend müßen wir sagen, daß jeder sensationslüsterne Film aus bestimmten Gründen für sie gedreht wird. Wir müssen aber auch der Jugend sagen, daß die Schaffung von Sportplätzen nicht lediglich den Zweck hat, harmlosen Sport zu treiben, sondern das dahinter grinsend der Kapitalismus seine totbringende Kriegspolitik verfolgt. Wir Arbeiter treiben Sport um unserer Gesundheit willen und im Interesse der Arbeiterbewegung, weil wir wissen, daß in einem gesunden Körper nur ein gesunder Geist herrschen kann. Neben unserer sportlichen Betätigung wollen wir auch und insbesondere für die Winterzeit unsere Bildungsarbeit nicht vernachlässigen, sondern in Gemeinschaft mit gleichgesinnten Kolleginnen und Kollegen uns das nötige Rüstzeug für den Kampf, für die moderne Arbeiterbewegung aneignen. Wir müssen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sagen, daß es kapitalistischer Wahnsinn ist, wenn wir täglich Tausende von Metern Hemdentuche herstellen und zusehen müssen, daß die eigenen Kinder der Textilarbeiter noch nicht einmal ein Hemdchen anhaben. Wir wollen ihnen aber auch weiterhin sagen, daß es kapitalistischer Wahnsinn ist, wenn Lebensmittel vernichtet werden und Millionen Menschen Hunger haben, und wir wollen dann die Vertreter der göttlichen Weltordnung fragen, ob das die „vielgeliebte gott-

gewollte Weltordnung“ ist. Deshalb, ihr jungen Textilarbeiter und -arbeiterinnen des Münsterlandes, erwacht aus euren Träumen, kämpft mit uns für den Aufstieg des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, für eine Wirtschaftsordnung, in der alle Menschen Brot und Arbeit haben, kämpft mit uns für den Sozialismus!

Ludwig Buddenberg (Rheine).

## Wann entsteht das Berufsinteresse?

Man hat das Verhältnis von Allgemein- und Sonderbegabung bei Kindern und Jugendlichen untersucht und ist dabei zu einem auch praktisch bedeutsamen Ergebnis gekommen. Bis zur Pubertät ist nur eine Zunahme der Entwicklung der allgemeinen Fähigkeiten des jungen Menschen festzustellen. „Erst mit dem Einsetzen der Pubertät“, so berichtet die Zeitschrift für Psychologie, „wird diese Entwicklung durchkreuzt durch eine zunehmende Herausbildung der Sonderfähigkeiten.“ Das heißt, das besondere Interesse für ein bestimmtes Gebiet und die besondere Fähigkeit, auf einem bestimmten Gebiete etwas zu leisten, setzt erst mit der Pubertät des jungen Menschen ein.

Bei der männlichen Jugend ist diese Entwicklung noch deutlicher festzustellen als bei der weiblichen. Jedenfalls beweist diese Tatsache, daß die Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr, wie die Gewerkschaften sie verlangen, auch eine geistige und psychologische Notwendigkeit ist. Alle modernen Einrichtungen wie Berufsberatung und bergleichen sehen die volle Ausprägung der Berufseignung in den jungen Menschen voraus, und die zeigt sich nach diesen Untersuchungen bei der Schulentlassung heute in vielen Fällen noch nicht deutlich.

## Mein Vaterland!

Ich hatte einst ein teures Vaterland. Mir ist es von der Schule her bekannt, uns wurde da so mancherlei erzählt von Ruhm und Ehre und vom Glanz der Welt. Dann kam der Krieg. Er brachte „Freudentage“ und niemals hörten wir von einer Totenklage. Es hieß: Der Sieg ist unser. Ob er's wirklich war, darüber waren wir uns niemals völlig klar. Dann kam der Hunger und die große Kälte, statt Brot gab's Tränen oder harte Schelte. Da ebten ab die frohen Kriegesgesänge! Wir hörten nur noch dunkle Trauerklänge! Nun haben wir den Frieden. Und wir wollen, daß nie die Völker sich bekriegen sollen mit blindem Haß. Auf Jugend, ins Gefecht für Frieden, Freiheit und für Menschenrecht! Bruno Heckel jr.

andere, was durch ein paar Beispiele vom Verfasser illustriert wird. Wie ist es überhaupt mit der „Rasse“, diesem sagenhaften und mythologischen Begriff?

„Ja, die Rasse, das Blut, die Stimme des Blutes, das muß man eben „fühlen“. Alles kommt darauf an, der Edelrasse, der Herrenrasse, der Blutgruppe „Blond und Nord“ anzugehören. Der nordische Edelmann ist der Reiter der Welt; aber die Reiter Deutschlands haben kein Glück mit ihrem Körper- und Schädelbau. Hitler ist ein alpiner Spiegheltypus, dem Heldenideal verleiht unähnlich, Goebbels ein hintender Knirps (er wird von den eigenen Kameraden beschuldigt, ein Judenstümmling zu sein), Frick ein starrer Beamtenschädel, keiner ein strahlender Halbott aus dem Norden. Troghem hat der Rassenantifemismus, diese Mischung aus Kolportage und Legende, diese Umgruppierung der Front gegen den Kapitalismus in eine Front gegen das „jüdische“ Kapital, auf primitive Naturen gewirkt.“

Auch an der sexuellen Not geht Fischer nicht vorbei, aber er zeigt auch ihre sozialen Hintergründe. Wir fassen jedenfalls unser Urteil dahin zusammen, daß wir in der letzten Zeit kein Buch über die Jugend gelesen haben, das uns so sehr aufgewühlt und mitgerissen hat. Verstand und Herz sprechen gleichzeitig aus dessen Zeilen, und wir stehen nicht an, der Schrift eine weite Verbreitung zu wünschen. Duis.

# Krise der Jugend

Ein gedankenvolles Buch

Im Heß & Co.-Verlag, Wien und Leipzig, ist ein Buch erschienen, das in selten gehörter Sprache zur Jugend spricht. „Krise der Jugend“ — diese Schrift von Ernst Fischer kann jedoch auch von den Erwachsenen mit Nutzen gelesen werden. Wer will es leugnen, daß trotz allen Fortschritts auf den verschiedensten Gebieten dennoch die heutige Jugend, vor allem soweit es sich um die Arbeiterjugend handelt, unerhört leidet? Unsere Jugend geht, nachdem sie die Schule verlassen hat, nicht in irgendeine Lehre, sondern ihr ist als Betätigungsfeld die Straße überlassen, die auch zum Tummelplatz derer wird, die so glücklich waren, einige Jahre der Arbeit verbunden zu sein. Natürlich kann Fischer in der nicht allzu umfangreichen Schrift (127 Seiten) keine vollkommene Lösung der brennenden Probleme, die zum Teil in der Wirtschaft, zum Teil in Verhältnis des Menschen zum Menschen selbst liegen, geben. Es ist indessen für den denkenden Menschen, der heute so viel Stumpfsinn und Gleichgültigkeit um sich sieht, ein Genuß, wieder einmal ein Buch zu lesen, das in wahrhaft aufrüttelnder Weise über die Schäden unserer Zeit spricht. Fischer zeigt, daß das Grundübel, an dem heute alles krankt, und das diese unerhörten Spannungen in der Welt erzeugte, die kapitalistische Unordnung ist. Er sieht den erlösenden Ausweg — wobei wir wir ihm nur bestimmen können — in der Abschaffung des Kapitalismus. Unser ganzes Denken und Fühlen muß darauf gerichtet sein, diese Verhältnisse nicht nur durch bloßes Predigen, sondern durch wirksame Mitarbeit zu ändern. Fischer spricht sogar einige Male von einer neuen Revolution. Aber er gebraucht dieses Wort nicht in dem rein agitatorischen Sinne, wie man es oft gewöhnt ist, zu hören; sondern in dem ganzen Zusammenhange, in dem wir es finden, erkennt man, daß der Verfasser den Menschen nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich zum Revolutionär machen will. Und das ist es, was uns an diesem Buche so überaus wertvoll erscheint. Jeder junge Mensch wird es verstehen, wenn er an Hand eindringlicher Beispiele erfährt, daß der Kapitalismus aus bestimmten Gründen jetzt sogar, um sich zu retten, durch untertänige Rechenaturen antikapitalistische Parolen ausgegeben hat. „Die Jugend ist antikapitalistisch; gut, man ruft ihr zu: Brechung der Zinsnefchenschaft, Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens! Verstaatlichung aller Trusts! Den Geldgebern aber, den Borzig und Bechstein, den Kirdorf und Thossen plüßert man schelmisch ins Ohr:

Nehmen Sie das nicht ernst! Der Zweck heiligt die Mittel.“

Um die eindringliche Klarheit der Darstellung zu zeigen, zitieren wir eine diesbezügliche Stelle:

„Faschistische Bewegungen können sich klare Programme nicht leisten; auch der Nationalismus hat niemals ein klares Programm aufgestellt. Otto Straßer, der ein solches Programm, Bekenntnis zum Sozialismus, vorlegte, wurde von Hitler aus der Partei hinausgeworfen; ein sozialistisches Programm, ja, das wäre das Schönste, was würden die Geldgeber dazu sagen? Gewiß, die Geldgeber; alle faschistischen Bewegungen, obwohl sie sich eine zeitlang antikapitalistisch gebärden, werden vom Großkapital unterstützt. Die hierreichige Heimwehr hat von Rothchild und Apold, von der Kreditanstalt und von der Alpine-Montangeseellschaft, vom Bankverband und vom Industriellenverband Geld bekommen, Geld genommen; Hitler wird von der deutschen Schwerindustrie, von den Herren der Kohle und des Eisens mit Subventionen versorgt. Die Männer des Großkapitals, von nahender Götterdämmerung tiefer überzeugt als viele, die den Kapitalismus bekämpfen, den unterirdischen Donner deutlicher vernehmend als viele ihrer Gegner, bedienen sich der letzten, der gefährlichsten Mittel, um die untergrahene, unterminierte Macht zu halten. Heute schützt sie noch die Demokratie; aber wie lange wird diese Demokratie bestehen, wie lange wird sie den Spannungen, die sie täglich in die Luft zu sprengen drohen, Widerstand leisten? Helfe, was helfen kann! Die Reaktion, die Goldmacher, Gauller und Schwindler aller Art unterstützt, ist heute ebenso bereit, politische Gauller und Schwindler in Sold zu nehmen, hinter den Dämmen der Demokratie trübe Gewässer des Umsturzes hochzustauen. Mögen die Dämme zerreißen, möge die Flut das Land überflutet werden; in dem allgemeinen Chaos hoffen sie, das ihre zu retten, da sie den Losbruch des Proletariats befürchten, wollen sie ihm zuvor-

kommen. Und dazu, den Kapitalismus zu schützen, den sie zertrümmern, wird die faschistische Jugend mißbraucht. Es ist der ungeheuerlichste Mißbrauch, der je mit einer Jugend getrieben wurde; antikapitalistische Stimmungen werden mobilisiert — im Interesse des Kapitals. Antibürgerliche Tendenzen werden herangezogen — im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft. Rebellenleidenschaft wird losgelassen — im Interesse der ärgsten Reaktion. Auf die Dauer kann der tolle Betrug nicht gelingen — aber wie konnte er überhaupt Erfolg haben?“

Da das noch nicht genügt, um die Jugend zu beeinflussen, benutzt man noch andere Mittel: man kommt mit der Phrase der nationalen Idee und des Rassen stolzes. Eines ist ebenso unsinnig wie das

## Eine ulkige Jugendzeitung

Ein Blick in die „Junge Garde“

Wie eine „vorbildliche Jugendzierung“ aussehen muß, zeigt ein Blick in die „Junge Garde“, Zentralorgan des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands. Nachdem wir uns durch die knalligen Ueberschriften, unter denen alles mögliche steht, nur nichts von Jugendzierung, hindurchgearbeitet haben, kommen wir auch zum Inzeratenteil. Die „Junge Garde“, die „Zeitung der wertvollen Jugend in Stadt und Land“, hat nämlich auch einen Inzeratenteil, der sich über eine ganze Seite erstreckt, und in dem die verschiedensten Interessenten ihre Waren anpreisen. Wir lesen also (in einer Jugendzeitung!):

<p><b>Cafe Bauer</b> Sofide Preise / Angenehm. Aufenthalt. Kaiser-Friedrich-Str. 43</p>	<p><b>Zum Bar</b> Gr.-Bedienung Arbeitervereinslokal Hermannstraße 232</p>
<p><b>Großbedienstation</b> der Arbeiterklasse bestens empfohlen Stresem-Duelle, Stresemplatz 17</p>	<p><b>Böhlow-Bier-Stübli</b> Am Hermannplatz Das Haus der guten Küche</p>
<p><b>Familien-Restaurant</b> bestens empfohlen Walter König Dunderstraße 32</p>	<p><b>Malz-, Weiß- u. Jangbier</b> von der Brauerei Schönwald</p>
<p>Arbeitervereinslokal bestens empfohlen <b>Hilbert Kruggel</b> Moenslebener Straße 5</p>	<p><b>Prima Braun- u. Weißbier</b> Bei Abholung von 3 Lit. 1 Lit. gratis. Kopffstraße 40</p>
<p><b>„Gasthof zur grünen Eide“</b> Arbeitervereinslokal Dorfstraße 31</p>	<p><b>Mineralwasser-Fabrik und Bierverlag „Groschne“</b> Bieres Rob. Klager, Lasborner Str. 52 Kaffinlaure-Niederlage E-7 0600</p>
<p>Arbeiter-Verteilslokal <b>Frau Pittmann, Adamstr. 47</b></p>	<p>Arbeitervereinslokal bestens empfohlen <b>„Zur Hore-Brücke“</b> Büßheim Straße, Dorstr. 36</p>
<p>Arbeiter-Verteilslokal bestens empfohlen. <b>Karl Köstler, Reichenberger Straße 132</b> Drei Tage ruhige Kapelle</p>	<p><b>„Ziebigler“</b> Arbeiter-Verteilslokal August Kranzfelder</p>
<p><b>Zigaretten, Zigaretten, Tabak</b> Preis 20 Heller, Bruchstraße 41</p>	<p><b>Arbeitervereinslokal „Goldhaus Gronau“</b></p>
	<p><b>Handarbeits-Zigaretten „Andreas“, cage 16</b></p>

Wir glaubten bisher, naive wie wir sind, daß man der Jugend sagen soll, sich möglichst vom Alkohol fern zu halten. Aber unsere kommunistischen Freunde wissen es natürlich besser. Auf fünf Seiten ihres kuriosen Organs führen sie einen heftigen Kampf gegen den Kapitalismus, während sie auf der sechsten Seite ihrer „Jugendzeitung“ dem Kapitalismus helfen, durch Anpreisung schädlicher Rauchmittel Geistes- und Körperkraft gerade der Jugendlichen, die Hoffnung der Arbeiterklasse, zu unterhöhlen. Fürwahr, man treibt eine neue Jugendzierung!

# UNTERHALTUNG UND WISSEN



Die Geschichte eines amerikanischen Seemanns : : Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin Illustriert von Georg Wilke

## 2. Fortsetzung

Diese Banditen werden die Sachen überhaupt nicht abhändigen lassen, sie werden sie glatt unter sich verteilen und sagen, ich hätte nichts gehabt, diese Banditen, die's mederrückigen. Dem Stim ist ja auch nicht zu trauen, er hat mir so schon immer die Toilettenseife gestohlen, weil er sich mit der Kerze nicht malchen wollte, dieser geschmierte Broadwayhengst. Ja, Sir, das machte der Stim. Sie hätten das nicht von ihm geglaubt, wenn Sie ihn gesehen hätten.

Wahrhaftig nicht, so sehr kümmerte ich mich nicht um den davongelaufenen Kasten. Aber was mich ernsthaft bekümmerte, war, ich hätte nicht einen roten Cent in meiner Tasche. Jenes hübsche Mädchen hatte mir in der Nacht erzählt, daß ihre so herzlich geliebte Mutter schwer krank sei, und sie hätte kein Geld, um Arznei und kräftiges Essen zu kaufen. Ich wollte für den Tod der Mutter nicht verantwortlich sein, deshalb gab ich dem hübschen Mädchen alles Geld, das ich bei mir hatte. Ich wurde reichlich belohnt durch die tausend beglückten Dankungen des Mädchens. Gibt es irgend etwas in der Welt, das beglückender wäre als die tausend Dankungen eines hübschen Mädchens, dessen geliebte Mutter man von dem Tode errettet hat? No, Sir.

Ich setzte mich auf eine große Kiste, die da lag, und folgte der Tuscaloosa auf ihrem Wege über das Meer. Ich hoffte und wünschte, daß sie auf einen Felsen aufreihen möchte und so gezwungen wäre, zurückzukommen oder wenigstens die Mannschaft auszubooten und zurückzulassen. Aber sie ging den Felenschen schön aus dem Wege, denn ich sah sie nicht zurückkommen. Jedenfalls wünschte ich ihr von Herzen alle Unglücksfälle und Schiffverfälle, die einem Schiffe nur begeben können. Was ich mir aber am deutlichsten ausmalte, das war, daß sie Seeräubern in die Hände fielen, die das ganze Schiff von oben bis unten ausplündern und dem Biest Bob die ganzen Sachen wieder abnehmen würden, die er sich ja nun inzwischen wohl angeeignet haben wird, und daß sie ihm ein so mächtig auf seine grinsende Frage haue, daß ihm sein Grinsen und Stricheln für sein ganzes Leben verginge.

Gerade als ich mich anschickte, ein wenig einzupfeifen und von jenem hübschen Mädchen zu träumen, klopfte mir jemand auf die Schulter und wachte mich auf. Er begann sofort so rasend schnell auf mich einzureden, daß mir ganz schwindlig wurde.

Ich wurde wütend und sagte ärgerlich: „Oh



„Ich werde wütend und sagte ärgerlich: „Oh

...tats. Lassen Sie mich in Ruhe, ich mag ihr Geschick nicht. Außerdem verleihe ich nicht ein einziges Wort von ihrem Geschick. Schützen Sie sich um Ihren Namen.“

„Sie sind Engländer, nicht wahr?“ fragte er mich in Englisch.

„Nein, Sir.“

„Sind Sie Amerikaner?“

„Nein, Sir, nur lassen Sie mich ungestört und lassen Sie mich in Ruhe. Ich will mit Ihnen nichts zu tun haben.“

„Lassen Sie mich in Ruhe, ich bin von der Polizei.“

„Lassen Sie mich in Ruhe, ich bin von der Polizei.“

„Lassen Sie mich in Ruhe, ich bin von der Polizei.“

„Lassen Sie mich in Ruhe, ich bin von der Polizei.“

„Ist rausgegangen um drei Uhr morgens.“

„Ich brauche Sie nicht, damit mir das erzählt wird. Dieser Witz ist schon sehr alt und stinkt bereits straßenweit.“

„Wo haben Sie Ihre Papiere?“ — „Was für Papiere?“



„Wo haben Sie Ihre Papiere?“

„Ihre Seemannskarte.“

„Ei, Schokoladencreme mit Apfelsauce! Meine Seemannskarte? Die steckt in meiner Tasche, und die Tasche war in meinem Kleiderfach, und mein Kleiderfach lag mollig unter meiner Bunt in der

## Das Größte, Kleinste, Schnellste usw.

Interessante und merkwürdige Tatsachen — Deutschland in Superlativen.

Der nördlichste Punkt Deutschlands liegt in Ostpreußen im Kreise Niederung.

Der südlichste Grenzpunkt liegt im Bezirksamt Sonthofen im bayrischen Allgäu.

Der westliche Grenzpunkt liegt im rheinischen Kreise Heinsberg.

Der östlichste Grenzpunkt wieder in Ostpreußen, und zwar im Kreise Pillkallen.

Nordwärts erstreckt sich Deutschland über 894 Kilometer, westwärts über 1155 Kilometer einschließlich des polnischen Korridors mit 82 Kilometern.

Der höchste Punkt Deutschlands ist die Zugspitze mit 2963 Meter über dem Meerespiegel.

Der tiefste Punkt Deutschlands ist der Ort Upphusen in Ostpreußen; er liegt 110 Meter unter dem Meerespiegel.

Die größte deutsche Quelle ist der Rhumesprung im Eichsfeld mit 4000 Litern Wasser in der Sekunde.

Der größte in Deutschland entspringende Strom ist die Donau mit einer Gesamtlänge von rund 2900 Kilometer.

Der größte nur auf deutschem Gebiet fließende Strom ist die Weser, 710 Kilometer lang.

Der größte See, an den Deutschland grenzt, ist der Bodensee, der 538 Quadratkilometer Flächeninhalt hat.

Der größte See in Deutschland ist der Müritzer See in Mecklenburg (138 Quadratkilometer).

Die größte deutsche Insel ist die Insel Rügen in der Ostsee mit 968 Quadratkilometer Flächeninhalt und etwa 50 000 Einwohnern.

Die größte deutsche Stadt ist Berlin mit rund 4 250 000 Einwohnern. Es bedeckt eine Fläche von 57 819 Hektar.

Die kleinste deutsche Stadt ist Hauenstein in Baden mit 215 Einwohnern in 32 Häusern.

Der größte Wirtschaftsbetrieb der Welt ist die Deutsche Reichsbahngesellschaft.

Um den größten Bahnhof streiten sich Leipzig und München. Baulich ist der Leipziger Bahnhof wohl größer, er hat aber nur 26 Gleise, während der Münchener Bahnhof 32 Gleise hat.

Der technisch modernste Bahnhof der Reichsbahn ist Hameln in Westfalen, auf dem täglich etwa 100 Güterzüge abgefertigt werden können.

Der höchste Bahnhof der Reichsbahn, der mit Normalspurweite erreicht werden kann, ist der Bahnhof Bärenthal der Preußenbahn im Schwarzwald in 967 Meter Höhe.

Der schnellste deutsche Zug verkehrt zwischen Kassel und Hannover, er erreicht 90,7 Kilometer Stundenleistung.

Deutschlands höchste Bahn ist die deutsche Zugspitzbahn, die bis 2963 Meter emporfährt.

Tuscaloosa, und die Tuscaloosa war — ja, wo konnte sie jetzt sein? Wenn ich nur wüßte, was sie heute für Breakfast bekommen haben! Den Sped hat der Nigger sicher wieder anbrennen lassen, na, ich will ihm mal etwas erzählen, wenn ich die Gallen streichen komme.

„Na, Ihre Seemannskarte. Verstehen Sie doch, was ich meine?“

„Keine Seemannskarte. Wenn Sie die meinen sollten, nämlich meine Seemannskarte. Da muß ich Ihnen doch die Wahrheit gestehen. Ich habe keine Seemannskarte.“

„Keine Seemannskarte?“ Das hätte man hören müssen, in welcher einem entsetzten Ton er das sagte. Ungefähr so, als ob er sagen wollte: „Was, Sie glauben nicht, daß es Meerwasser gibt?“

Ihm war das unfassbar, daß ich keine Seemannskarte hatte, und er fragte es zum dritten Male. Aber während er es diesmal fragte, offenbar rein mechanisch, hatte er sich von seinem Erstaunen erholt und fügte hinzu: „Keine anderen Papiere, Paß oder Identitätskarte oder etwas Ähnliches?“

„Nein.“ Ich durchsuchte meine Taschen emsig, obgleich ich genau wußte, daß ich nicht einmal einen leeren Briefumschlag mit meinem Namen bei mir hatte.

„Kommen Sie mit mir!“ sagte darauf der Mann.

„Wohin kommen?“ fragte ich, denn ich wollte doch wissen, was der Mann vorhat und auf welches Schiff er mich verschleppen will. Auf ein Kumbot gehe ich nicht, das kann ich ihm schon jetzt vorher erzählen. Da kriegen mich keine zehn Pferde mehr raus.

„Wohin? Das werden Sie gleich sehen.“ Daß der Mann besonders freundlich gewesen wäre, hätte ich nicht behaupten können, aber die Feuerbake sind nur dann schließendlich, wenn sie für einen Kasten durchaus niemand kriegen können. Das also schien hier ein ganz mackeres Bischen zu sein, auf das er mich bringen wollte. Ich hätte nicht gedacht, daß ich so schnell wieder auf

einen Eimer kommen würde. Glück muß man haben und nur nicht immer gleich verzagen.

Endlich landeten wir. Wo? Richtig geraten, Sir, in der Polizeistation. Da wurde ich nun gleich gründlich durchsucht. Als sie mich durch und durch gesucht hatten und ihnen keine Raht mehr ein Geheimnis war, fragte mich der Mann ganz trocken: „Keine Waffe? Keine Werkzeuge?“

Na, da hätte ich ihm aber doch so schlankweg eine brennen können. Als ob ich ein Maschinen-gewehr in der oberen Hälfte des Halsloches und eine Brechstange unter dem Augenlid hätte verstecken können! Aber so sind die Leute. Wenn sie nichts finden, behaupten sie, man habe es versteckt; denn daß man das nicht besitzt, wonach sie suchen, das können sie nicht begreifen und lernen sie auch nie begreifen. Damals wußte ich das noch nicht.

Dann hatte ich mich vor einem Schreibpulte aufzustellen, an dem ein Mann saß, der mich immer so ansah, als hätte ich seinen Leberzähler ge-



Er öffnete ein dickes Buch —

stohlen. Er öffnete ein dickes Buch, in dem viele Photographien waren. Der Mann, der mich hierhergebracht hatte, spielte den Leberzähler, weil wir uns sonst nicht hätten verständigen können.

(Fortsetzung folgt.)

Der größte Speicher des europäischen Festlandes ist ein Silo in Königsberg. Er ist über 40 Meter hoch und faßt 60 000 Tonnen.

Das älteste Gasthaus Deutschlands ist „Der Riese“ in Wittenberg am Main.

Den größten Stadtpark der Welt besitzt Hannover, die Ellenriede mit 665 Hektar.

Hansotto Löggow.

## Vom Leben der toten Stoffe

Wenn wir die Eisblumen am Fenster betrachten, dann sehen wir, daß sie so wachsen wie das Lebendige und daß sie wie das Lebendige wachsen zu Schönheit der Formen. Aber auch bei den ohne Bewegung erscheinenden Stoffen hat man neuerdings ein eigenartiges „Leben“ festgestellt. In den Schriften der Technischen Hochschule Darmstadt schreibt jetzt August Thum darüber, wie so viele Vorgänge an Metallen den Lebenserscheinungen gleichen. Er spricht da von Verwitterungserscheinungen und Lebensdauer, von Krankheitsercheinungen und vom Altern der Metalle. Bei Gußeisen und Stählen hat man veränderte Eigenschaften gefunden, je nachdem von welcher Abkunft die Metalle waren. Werden Roheisen und schlechter Grauguß verwendet, die mit groben Graphitadern durchsetzt sind, so wirken diese anstehend auf das übrige Gußgut und ergeben schlechte Festigkeitseigenschaften. Innere und äußere Krankheitsercheinungen der Metalle sind Schlackeneinschlüsse, Poren, innere Spannungen und ritzige Walzhaut; sie sehen das Lebensalter der Metalle herab.

Wie beim Menschen, so ist es auch bezüglich der Überlastung bei den Metallen. Eine zeitweise erfolgende Überlastung der Metalle verkürzt, so schreibt Thum, die Lebensdauer der Metalle. Dagegen gewöhnen sich die metallenen Werkstoffe an eine allmählich gesteigerte Belastung, so daß sie dann imstande sind, höhere Beanspruchungen zu ertragen, als wenn sie gleich mit voller Beanspruchung belastet worden wären. Genau so wie es beim arbeitenden Menschen und beim Training des Sportlers ist.

Alle Dinge mit und neben dem Menschen gehen dahin, einer fremden Willkür und Macht unterworfen; er ist sich anvertraut und trägt sein Leben in seiner Hand, und es ist nicht für ihn gleichgültig, ob er rechts oder links geht. Halte dich zu gut, Böses zu tun. Scheue niemand so viel, als dich selbst. Und der ist nicht frei, der da will tun können, was er will, sondern der ist frei, der da wollen kann, was er tun soll. Und der ist nicht weise, der sich dünkt, daß er etwas wisse, sondern der seiner Unwissenheit inne geworden und durch die Sache des Dünkels genesen ist. Tue das Gute vor dich hin und bekümmere dich nicht, was daraus werden wird. Wolle nur einerlei, und das von Herzen.